

# Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 10. Januar 1931

Nummer 3

## Bilanz des Deutschen Reiches

### I. Die Ausgabenseite des Reichsetats

In einigen Wochen tritt der Reichstag wieder zusammen. Er wird sich alsbald an die Beratung des für das Rechnungsjahr 1931/32 in Vorschlag bereits vorliegenden Haushaltsplanes begeben. Der Reichsetat ist das wichtigste Gesetzeswerk, das in jedem Jahr neu zu formen und von der Volksvertretung zu genehmigen ist. Die parlamentarischen Kämpfe, die sich um den Etat entspinnen, gelten der Art und Weise sowohl der Aufbringung als auch der Verwendung einer Riesensumme. Im vergangenen Jahr schloß der Reichshaushalt auf der Einnahmenseite mit 11,9 Milliarden ab, für das Etatjahr vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1932, dessen Finanzbedarf jetzt festgelegt werden soll, ist die entsprechende Summe auf rund 10,5 Milliarden beziffert. Auch das ist noch eine ansehnliche Ziffer, wenn wir bedenken, daß sie etwa ein Siebtel des gesamten deutschen Volkseinkommens darstellt. Aber die Einsparung von 1,4 Milliarden Mark wird bei der Betrachtung der einzelnen Etatpositionen noch näheres zu sagen sein, hier sei nur erwähnt, daß sich diese Summe nicht nur aus sogenannten echten Einsparungen zusammensetzt, sondern die Abschlußziffern verkleinert wurden, weil durch entsprechende Heraushebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung das Reich im Punkt der Zuschußleistung eine finanzielle Entlastung erfahren hat. Derartige Maßnahmen stellen sich deshalb bei genauer Betrachtung der finanzpolitischen Zusammenhänge nicht als Ersparnisse, sondern nur als Lastenverschiebungen vom Steuerzahler zu den Trägern dieses sozialpolitischen Instituts dar.

Beginnen wir unsere Betrachtungen der Reichsbilanz für 1931/32 auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts. Eine nach sachlichen Gesichtspunkten vorgenommene Aufgliederung der einzelnen Ausgabenposten ergibt folgendes Bild:

Ausgabenposten	Etatjahr	
	1930/31 in Millionen Mark	1931/32 in Millionen Mark
Steuerüberweisungen an die Länder	3 383,3	2 995,5
Kriegslasten	3 976,4	3 690,8
Finanz- und Schuldenwesen	1 598,6	1 458,3
Wohlfahrtswesen	1 347,7	978,7
Staats- und Rechtssicherheit	978,2	963,8
Wirtschaft und Verkehr	342,4	281,8
Wohnungswesen	108,1	5,2
Allgemeine Verwaltung	104,5	96,9
Bildungswesen	35,7	31,8
<b>Zusammen</b>	<b>11 874,9</b>	<b>10 472,8</b>

Die Steuerüberweisungen des Reiches an die Länder ergeben sich aus der Steuerhoheit des Reiches. Die Summe, die das Reich den Ländern auf Grund des Finanzausgleichs überweist, damit diese ihre eignen Finanzbedürfnisse und die der Kommunen befriedigen können, ist für das neue Etatjahr um 417,8 Millionen geringer angelegt als im Vorjahr. Diese Maßnahme erscheint unter Berücksichtigung der infolge der Krise stark gestiegenen Ausgaben der Gemeinden (Wohlfahrtsausgaben) unentbehrlich. Sie ist nur dadurch möglich geworden, daß den Kommunen durch Reichsgesetz neue Steuerquellen erschlossen worden sind, aus denen sie ihren Geldbedarf ergänzen können. Hierher gehört sowohl die Bürgersteuer wie auch die Getränkesteuer. Außerdem ist durch die Kürzung der Beamtengehälter die Ausgabensumme in den Ländern und den Kommunen entsprechend vermindert worden. Ob die hier erwähnten Maßnahmen als Ausgleich für den Ausfall der Steuerüberweisungen vom Reich genügen werden, kann sich erst im Laufe des Etatjahres erweisen.

Die in dem Sammelposten „Kriegslasten“ zusammengefaßten Reichsausgaben sind unterteilt in äußere und innere Lasten. Zu den ersteren gehören die Zinsleistungen auf Grund des Vorpplanes, der Zinsendienst der Dawesanleihe und die Verpflichtungen aus dem deutsch-belgischen Marktabkommen. Im letzten, also dem jetzt noch laufenden Haushaltsjahr standen die äußeren Kriegslasten mit 1882,7 Millionen in Anspruch, für das kommende Etatjahr hingegen sind nur 1788,7 Millionen Mark vorgesehen. Die Verminderung erklärt sich aus einer Verkleinerung der nächstjährigen Youngannuität. Für die inneren Kriegslasten waren im Jahre 1930/31 rund 2093,7 Millionen Mark eingeplant, in dem bald zur Beratung kommenden neuen Reichshaushalt ist die Summe auf 1897,1 Millionen Mark ermäßigt worden. Hier sind bei sehr vielen Ausgabenposten Abstriche vorgenommen worden, so bei den Ausgaben für die besetzten Gebiete, bei den

Entfestigungsarbeiten und besonders bei den Versorgungsgebühren. Es wurden beispielsweise die Kriegspensionen und Renten für Kriegsteilnehmer und, soweit diese gefallen sind, die Renten für ihre Hinterbliebenen um 94,2 Millionen niedriger eingeplant, was in erster Linie auf das Abfinden der Ziffer für unterkürzte Kriegswaisen zurückzuführen ist. Zu begrüßen ist bei dem neuen Kriegslastenetat der Wegfall des Reichsministeriums und des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und der Reichsvermögensverwaltung für das besetzte Rheinland. Jede Inflation ist vom Übel, auch eine Behörden- und Ministerinflation, deren Opfer doch immer nur der Steuerzahler ist.

Die Ausgabenposten „Finanz- und Schuldenwesen“ ist ebenfalls sehr umfangreich. Die Ausgaben für das Finanzwesen beziehen sich auf die Befolgung der Kräfte des Reichsfinanzministeriums und auf die Unterhaltung der verschiedenen Finanzbehörden, wie Reichsfinanzhof, Reichsrechnungshof, Reichsparfommisnar, Landesfinanzämter und Finanzämter, wozu noch einige andere unwesentliche Posten kommen. Im neuen Etat erscheinen die dafür notwendigen Summen mit 547,4 Millionen Mark, im Gegensatz zu 589,3 Millionen im letzten Haushaltsjahr. Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld sind ebenfalls ansehnlich, und zwar von 1009,3 Millionen auf 910,9 Millionen Mark herabgesetzt worden.

Sehr interessante Aufschlüsse gibt eine Betrachtung der für das kommende Etatjahr geplanten **Wohlfahrtsausgaben** des Reiches. Hier sind, von einigen ganz unwesentlichen Ausnahmen abgesehen, fast alle Positionen gekürzt worden. So wurden bei den Ausgaben für die Sozialversicherung durch Verminderung der Zuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung und durch Wegfall der Beiträge zur Invaliden- und knappschaftlichen Pensionsversicherung 121,9 Millionen Mark eingespart. Daß diese Zuschüsse gekürzt werden sollen, wenn das Lohnsteueraufkommen den Betrag von 1463 Millionen Mark übersteigt, ist nur eine platonische Erklärung, denn damit ist bei der sicherlich auch im kommenden Etatjahr noch stark vorhandenen Arbeitslosigkeit und der durch Lohnabbau geschwächten Steuerkraft der Arbeiterschaft nicht zu rechnen. Der im letzten Etat für die Jugendwohlfahrt ausgeworfene Betrag von 2,7 Millionen wurde durch Wegfall von einer Million für Zwecke der Kindererziehung und durch Kürzung der Zuschüsse für Kinderferienaufkaste auf 1,5 Millionen Mark herabgedrückt. Bei den Ausgaben für die allgemeine Wohlfahrtspflege sehen wir hingegen eine leichte Steigerung, die sich aus dem Mehraufwand von 4 Millionen für die durch die neuen Tabaksteuern geschädigten Arbeiter des Tabakgewerbes ergibt. Bei den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung sind die Reichsbeiträge zur Krisenfürsorge um 100 Millionen und zur werteschaffenden Arbeitslosenversicherung um 16,7 Millionen erhöht worden. Dagegen ist der Zuschuß für die Krisenfürsorge, der im letzten Haushaltsjahr 395 Millionen betrug, auf 20 Millionen begrenzt und der Zuschuß zum Grundstock in der Höhe von 50 Millionen ganz gestrichen worden, so daß sich bei den Gesamtausgaben für die Arbeitslosenversicherung eine Ersparnis von 248,3 Millionen ergibt. Bei den Ausgaben für das **Wohnwesen** sind genau dieselben Tendenzen zu beobachten. Der Reichszuschuß zur Förderung des allgemeinen Wohnungswesens: von 100 Millionen Mark ist gestrichen und der Zuschuß zur Förderung des Baues von Wohnungen für Reichsbeamte von 8,1 auf 5,2 Millionen Mark reduziert worden. Es ist eine der bedauerlichsten Erscheinungen unserer Finanzpolitik, daß gerade in Zeiten allergrößter Not, wo die sozialen Aufwendungen erst recht notwendig wären, an diesen gekürzt wird. Diese bedauerlichen Züge trägt auch der neue Reichsetat.

Unter der Rubrik „Staats- und Rechtssicherheit“ fallen die Reichsausgaben für die Wehrmacht, für Polizeiwesen, soweit diese zu dem Aufgabengebiet des Reiches zählen, und die Ausgaben für die Rechtspflege. Ihre Größenordnung gibt folgende Aufstellung wieder:

	1930/31	1931/32
Wehrmacht	771,4 Mill. Mark	769,8 Mill. Mark
Polizeiwesen	199,1 Mill. Mark	196,6 Mill. Mark
Justizwesen	7,7 Mill. Mark	7,4 Mill. Mark

Auffallend ist, daß die Ausgaben für unsere Wehrmacht trotz einer geringfügigen Kürzung auch im neuen Etatjahr noch zu den stärksten Ausgabenposten des gesamten Reichsetats gehören. Wir wollen die Tatsache, daß die Heeresausgaben während der letzten drei Etatsjahre ständig etwas vermindert worden sind, als hoffnungsvollen Anfang

buchen, dort öffentliche Ersparnisse vorzunehmen, wo sie ohne Schädigung des Volksgutes am leichtesten getragen werden können. Die Polizeiausgaben des Reiches sind verhältnismäßig gering, was sich daraus erklärt, daß die Polizeiverwaltung bei den Ländern liegt. Lediglich für Maßnahmen zum Schutz der Republik wurden in den letzten beiden Etatsjahren noch 3,9 Millionen für den Reichswasserschutz verwendet, der nunmehr ebenfalls Preußen übertragen worden ist, wofür vom Reich eine Entschädigung von 1,4 Millionen gezahlt wird. Den Hauptposten bilden die Zuschüsse des Reiches an die Länder für Zwecke polizeilichen Schutzes. Diese Summe ist auch im neuen Etat wieder auf 195 Millionen Mark beziffert. Gerade dieser Posten spielte in der jüngsten Vergangenheit als Streitobjekt zwischen Thüringen und dem Reich eine bedeutungsvolle Rolle. Das Reich kann, wenn die von ihm mit den Ländern über die Verwendung dieser Zuschüsse getroffenen Richtlinien nicht innegehalten werden, die Sperre dieser Gelder verhängen. Für Thüringen ist das getan worden, allerdings wurde der Streit kurz vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes durch einen die Reichsautorität nicht gerade stärkenden Vergleich beendet. Die Einsparungen im Justizwesen dürften in erster Linie durch den Abbau der Beamtengehälter verursacht worden sein.

Die Reichsausgaben für Wirtschaft und Verkehr zerfallen in mehrere Gruppen, die in folgender Tabelle näher aufgeführt sind:

	Etatjahr	
	1930/31 in Millionen Mark	1931/32
Rechtsbehörden	27,1	25,6
Landwirtschaft u. Fischerei	94,7	52,1
Gewerbe, Industrie und Handel	20,9	14,8
Berkheitswesen	199,7	189,3
darunter:		
Wasserstraßen	152,2	144,4
Luftfahrt	44,9	42,2
Kraftfahrt	0,6	0,6
Eisenbahnwesen	2,0	2,1
<b>Zusammen</b>	<b>342,4</b>	<b>281,8</b>

Zu den Reichsbehörden zählen die drei Ministerien für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, des weiteren mehrere untergeordnete Behörden, wie das Reichswirtschaftsgericht, das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, die sich beim Zusammenbruch der großen Frankfurter Versicherungsgesellschaft als glänzender Verleger entpuppte, mehrere Strombauämter und Seewarten. Auch die Ausgaben für die Wirtschaftsakademie, den Reichseisenbahnat und die Flugstelle für Flugversicherung fallen mit unter diesen Sammelposten. Die Einsparung bei all diesen Positionen beträgt 1,5 Millionen Mark. Der Landwirtschaft fließen über eine Unsumme von Etatposten Reichsgelder zu. Wozu sie verwendet werden sollen? Zur Stärkung des Kartoffelbaues, des Tabakbaues, des Weinbaues, des Obst- und Gemüsebaues, der Pflanzengucht, des Düngewesens, der Tier- und Geflügelzucht, der Milchwirtschaft, des landwirtschaftlichen Gerätewesens, des Veterinärwesens, für Moorkultur und Oblandbeflügelungen, für landwirtschaftliches Fortbildungswesen und Forschungswesen, zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsberatung, für Maßnahmen des Abfages von Schlachtwild, Felleis, Saatgut und -Kartoffeln, zur Förderung der Bewegung der Getreideerde und für landwirtschaftliches Seidenswebwesen. Außerdem erhält die Fischerei noch Gelder zur Förderung der Binnenfischerei, der Seefischerei, zur Erforschung der nördlichen Moore und Darlehen zur Kaufanschaffung von Schiffen in der Seefischerei. Auch Seidenraupen und Bienen sind mit Reichszuschüssen wohlbedacht. Gegen eine derartige Vielgestaltigkeit erweisen sich alle andern Etats als Waisenkinder. Die Verminderung dieser kuriosen Posten von 94,7 auf 52,1 Millionen Mark ist nicht nur der eingesparten Summe wegen zu begrüßen, sondern mehr noch, weil vielleicht die öffentliche Finanznot die Landwirtschaft zwangsweise veranlaßt, sich etwas mehr auf Selbsthilfemaßnahmen als auf Fülle und Subventionen zu stützen. Die Ausgaben für Gewerbe, Industrie und Handel bestehen im wesentlichen aus Ausfallbürgschaften und Unterfällungen des wirtschaftlichen Nachschubwesens, während sich die Berkheitsausgaben aus einer Fülle von Posten zusammensetzen, die in obiger Tabelle näher angeführt sind.

Die allgemeine Verwaltung wird ausgeteilt von den obersten Reichsorganen, wie Parlament, Reichswirtschaftsrat, Reichskongress und Reichspräsident, ferner vom Auswärtigen Amt und dem Reichsinnenministerium.

Die Ausgaben der obersten Reichsorgane erfordern beim Reichstag infolge der gelegenen Abgeordnetenzahl einen Mehraufwand von 0,8 Millionen, der aber durch Kürzungen beim Reichsrat, der Reichsanzeiger und der Reichszentrale für Heimatdienst in eine Gesamterparnis von 0,1 Millionen Markt verwandelt werden konnte. Der Etat des auswärtigen Amtes ist von 55,7 Millionen auf 52,2 Millionen herabgesetzt worden. Ebenso sind die Reichsausgaben für die innere Verwaltung von 34,4 Millionen auf 30,6 Millionen Markt ermäßigt worden, was auf Kürzungen der Zuschüsse für das Statistische Reichsamt, das Reichsamt für Vermessungswesen, die Technische Nothilfe und ähnlicher Posten bewirkt wurde. Noch immer sind für die Technische Nothilfe 1,2 Millionen Markt eingelegt. Diese Ausgaben sind überflüssig, denn die deutschen Gewerkschaften sind einsehensvoll und ihre Mitglieder diszipliniert genug, im Falle großer Streiks Notstandsarbeiten selbst vornehmen zu können. Eine Streikbrechergarde aber, und nur als solche könnte die Technische Nothilfe in die Erscheinung treten, ist überflüssig, vornehmlich dann, wenn sie aus Reichsmitteln unterhalten wird.

Wir kommen nun zu dem letzten Posten, den Ausgaben für kulturelle Zwecke. Im letzten Etat waren dafür 35,7 Millionen vorgesehen, im neuen Etat sind es nur noch 31,8 Millionen Markt. Auch hier mag gesagt sein, daß diese Summe absolut gesehen nur deshalb so gering ist, weil die Schulhoheit ebenfalls noch eine Angelegenheit der einzelnen Länder ist. Die hierfür vom Reich ausgeworfenen Summen stellen im wesentlichen Zuschüsse zu wissenschaftlichen Instituten und Museen dar, des ferneren Beihilfen für deutsche Auslandsschulen und zur Förderung der Theaterkultur. Insgesamt werden bei diesen Positionen 3,0 Millionen Markt eingepart.

Alles in einem zeigt eine eingehende Betrachtung der Ausgabe Seite des Reichsetats den unverkennbaren Willen zur Sparpolitik, aber nur allzu oft wurde diese am ungeeigneten Objekt verwirklicht. In dieser Beziehung bildet eine Gegenüberstellung der Abstriche am Sozialetat und am Wehretat ein Bild, dessen unerfreuliche Züge nur durch eine Stärkung des parlamentarischen Einflusses der Arbeiterschaft beseitigt werden können.

**II. Die Einnahmeseite des Reichsetats**

Wir haben in vorstehenden Darlegungen gesehen, daß das Reich im kommenden Haushaltsjahr eine Summe von 10,5 Milliarden an sich zieht und diese zu den verschiedensten Zwecken verwendet. Hier soll uns nun die Aufbringung dieser Riesensumme beschäftigen, die wir auf der Einnahmeseite des Reichsetats ablesen können. Dem Reich stehen mehrere Einnahmequellen zur Verfügung, die uns besonders im Hinblick darauf, von welchen Bevölkerungsschichten sie gepflegt werden, interessieren. Über die einzelnen Arten der Reichseinnahmen und die Beträge, die sie im kommenden Etatsjahr erbringen sollen, gibt folgende Tabelle einen Überblick:

Einnahmequelle	Etatjahr	
	1930/31 in Millionen Markt	1931/32 in Millionen Markt
Verwaltungseinnahmen	249,2	159,8
Einnahmen aus Erwerbsvermögen	677,4	461,5
Zölle	1.265,9	1.175,0
Steuern	6.771,2	5.780,0
Verbrauchsabgaben	2.227,8	2.160,4
Reparationsabgabe der Reichsbahn	660,0	660,0
Anleihen	29,9	70,1
<b>Zusammen</b>	<b>11.874,0</b>	<b>10.472,8</b>

Die Verwaltungseinnahmen stellen im Gegensatz zu den Steuern direkte Abgaben dar, für die der Staatsbürger einen sofort greifbaren Gegenwert erhält. Dieser kann bestehen in der Ausstellung eines Passes oder einer sonstigen Befreiung, in der Erlaubnis, reichsweilige Unternehmungen betreiben zu können, z. B. bei Verpachtung reichsweiligen Geländes, in Abgaben an die Strombauverwaltung usw. Auch die Einnahmen, die den einzelnen Ressorts durch Verkauf alter oder sonst irgendwie nicht mehr verwendungsfähiger Gegenstände zufallen, erscheinen unter dieser Rubrik. Im Rahmen der Gesamteinnahmen des Reiches spielen die Verwaltungseinnahmen nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Rückgang dürfte in erster Linie eine Folge der ganz allgemein verminderten Geschäftstätigkeit sein.

Aus den Erwerbsbetrieben bezog das Reich im letzten Etatsjahr 677,4 Millionen Markt, für 1931/32 ist dieser Posten nur mit 461 Millionen veranschlagt. Der gewaltige Rückgang ist in der Hauptfache darauf zurückzuführen, daß im Haushalt für 1930/31 die Summe von 300 Millionen eingelegt wurde, die dem Reich aus dem Verkauf von Vorkriegsaktien der Reichsbahn zuzufloß, während im nächstjährigen Etat dafür nur 150 Millionen Markt eingelegt sind.

Die Zolleinnahmen des Reiches erscheinen im Haushaltsplan für 1931/32 um 90,9 Millionen niedriger als im Vorjahr. Diese Mindereinnahmen sind aber selber nicht etwa die Folge irgendwelcher Zollermäßigungen. Davon kann keine Rede sein, denn besonders soweit landwirtschaftliche Produkte in Frage kommen, sind während der letzten Wochen und Monate noch starke Zollserhöhungen vorgenommen worden. Der Rückgang der Zolleinnahmen von 1,3 auf 1,2 Milliarden Markt ist eine Folge verringertem Umsatztätigkeit im Außenhandel. Diese wiederum hat nicht zuletzt ihre Ursachen in den starken Erhöhungen der deutschen Zölle. So sehen wir, daß Zollserhöhungen, wenn wir den Zoll einmal nur als Einnahmequelle des Reiches betrachten, nie den gewünschten Erfolg in Gestalt gesteigerter finanzieller Erträge bringen können, der vielfach davon erwartet wird.

Der Löwenanteil der Reichseinnahmen entfällt auf die Steuern. In der Steuerpolitik ist besonders die Frage

umstritten, von wem die Lasten aufzubringen sind. Die bereits vorliegenden Haushaltsrechnungen früherer Jahre wie auch der Vorschlag für das kommende Haushaltsjahr geben uns über die Verteilung der deutschen Steuerlast bestimmte Anhaltspunkte. Zergliedern wir die für das Haushaltsjahr 1931/32 veranschlagten Steuern, so ergibt sich unter dem Gesichtswinkel, ob es sich bei den einzelnen Steuerarten um Massenbelastungen oder Besitzbelastungen handelt, folgendes Bild:

Steuerart	Massenbelastung		Besitzbelastung	
	1930/31	1931/32	1930/31	1931/32
	in Millionen Markt			
Lohnsteuer	1306	—	—	—
Leibigensteuer	120	—	—	—
Steuerabzug v. Kapitalertrag	—	90	—	—
Beranlagte Einkommensteuer	—	1289	—	—
Körperschaftsteuer	—	410	—	—
Vermögenssteuer	—	365	—	—
Erbfallssteuer	—	90	—	—
Aufschlagsumme der In-	—	—	180	—
dukt	—	—	1	—
Obligationssteuer	—	—	—	—
Umsatzsteuer	1040	—	—	—
Grundvermögenssteuer	—	40	—	—
Kapitalverkehrssteuern	—	299	—	—
Beförderungssteuer der Reichs-	—	—	—	—
bahn	320	—	—	—
Kraftfahrzeugesteuer	—	—	290	—
<b>Steuern zusammen</b>	<b>2786</b>	<b>2994</b>	<b>180</b>	<b>1</b>

Bei dieser Aufstellung darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Grenzen zwischen Massen- und Besitzsteuern nicht genau zu ziehen sind. So haben wir die Beförderungssteuer zwar als Massenbelastung aufgeführt, da, soweit sie vom Güterverkehr erhoben wird, sie in steigenden Frachten und damit auch steigenden Preisen ihren Niederschlag findet. Sie wirkt also ähnlich wie die Umsatzsteuer reallohnmindernd, obwohl ein, wenn auch verhältnismäßig kleiner Teil davon als Besitzbelastung in die Erscheinung tritt. Ebenso sind natürlich Teile der unter den Besitzsteuern (beispielsweise bei der Erbschaftsteuer) angeführten Beträge Massenbelastungen. Trotzdem dürfte die Unterscheidung gerechtfertigt sein, da anzunehmen ist, daß sich etwaige Fehler durch die vorkommenden Überschneidungen aufheben.

Nun stellen aber die Steuern nicht die einzige Massenbelastung dar. Ihren Hauptposten bilden die Verbrauchsabgaben, die insgesamt dem Reich alljährlich 2,2 Milliarden erbringen. Von den vielen Gütern, die alle mit Verbrauchsabgaben belastet sind, können nur die auf Selt und Mineralöl liegenden Abgaben als Besitzbelastungen angesprochen werden. Deren finanzieller Ertrag ist aber verhältnismäßig gering. Bei den Verbrauchsabgaben beträgt die Massenbelastung 2.143,4 Millionen Markt, die Besitzbelastung hingegen nur 23 Millionen.

Die Zölle würden sich ebenfalls in steigenden Preisen aus, wodurch der Reallohn sinkt, weshalb auch sie als reine Massenbelastungen anzupprechen sind. Ziehen wir alle diese Posten zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Steuerart	Massenbelastung		Besitzbelastung	
	1930/31	1931/32	1930/31	1931/32
	in Millionen Markt			
Steuern	2786,0	2994,0	180,0	1,0
Verbrauchsabgaben	2143,4	23,0	—	—
Zölle	1175,0	—	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>6104,4</b>	<b>3017,0</b>	<b>180,0</b>	<b>1,0</b>

Demnach bringen die Massen und der Besitz ein Drittel der gesamten Reichseinnahmen auf. In einer Demokratie, in der die Massen zahlenmäßig das größte Wählerheer darstellen, sollte das Verhältnis eigentlich umgekehrt sein. Daß es nicht so ist, ist nur darauf zurückzuführen, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung politisch in der falschen Front stehen.

Es bleiben uns noch die Reparationsabgabe der Reichsbahn und die Zölle als Einnahmequelle des Reiches zu betrachten. Die 660 Millionen Markt, die die Reichsbahn zur Abbedeckung von uns aufbitterten Reparationslasten beisteuern muß, werden erst dem Reich überwiesen, weshalb sie in dessen Bilanz sowohl auf der Ausgabe Seite (unter den äußeren Reparationslasten) wie auch auf der Einnahmeseite erscheinen. Ergibt eine Gegenüberstellung von Reichseinnahmen und Reichsausgaben einen Überschuß der letzteren, so ist der Fehlbetrag durch Anleihen abzudecken, wofür in den neuen Etat 70,1 Millionen Markt eingestellt sind.

So zeigt uns eine Betrachtung der einzelnen Posten des Reichshaushaltes, daß fast in jedem Fall direkt oder indirekt Arbeiterinteressen berührt werden. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, diesen Zusammenhängen sein Augenmerk zuzuwenden, denn über den Reichsetat wird ein großer Teil der durch die Hände und Stirne Arbeit erschaffenen Werte verteilt. Daß das nicht ohne oder gar gegen den Willen jener geschieht, die zwei Drittel der Reichseinnahmen aufbringen, liegt im Interesse jedes einzelnen.

**Sturmwehen im Aubrbergbau**

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gärt es. Wieder einmal hält das schwarze Land an der Ruhr, der Lippe und an der Emfing den Stoß einer politischen Krise und Wirtschaftskrise aus. Wieder einmal! Im Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren, als der Hunger die Ruhrknappen zu Steletten abmagerte, verlangte man von diesem Land Kohlen und wieder Kohlen. Sie lieferten Kohle. Die Leute an der Ruhr taten ihre Pflicht. Dann kam die Ruhrbesetzung. Die Nation appellierte an das schwarze und rauchige Land. Und das Land tat seine Pflicht. Die Franzosen zogen ab. Man erwartete Jahre der Ruhe und der wirtschaftlichen Erholung. Aber es kam die Umstellung im Ruhrbergbau, die Leistungssteigerung pro Schicht und pro Kopf, die die Arbeitskraft maßlos verbilligte und

Jehtnauende überflüssig machte. In jener Zeit des Nationalisierungsauflchwunges haben die Kohlenbarone Millionen um Millionen verdient. Sie haben ihre Werke modernisiert. Sie haben sie im Werte vervielfacht. Sie haben die Profite gesteigert. Die Ruhrknappen besaßen diesen Reichtum mit einer beispiellosen wirtschaftlichen Unsicherheit. In den Jahren seit der Besetzung sind die Belegschaften im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier um sage und schreibe 200.000 Mann auf 300.000 Mann abgebaut worden. Arbeitslosigkeit und Feterisidigsten zogen in das Revier. Von dieser Bevölkerung, deren Einkommen an sich schon glatt faktiert ist, verlangt man jetzt eine Senkung der Lebenshaltung ins Unmögliche und unter die Grenze des Erträgliches. Weil das die Kohlenpreislenkung erfordert!

Man darf sich nicht wundern, wenn die Spannung in diesem Land aufs höchste gestiegen ist. Forderten doch die Bergbauunternehmer eine Reduzierung der Arbeiterlöhne um rund 12 Proz., während die ab 1. Dezember 1930 eingetretene Ermäßigung der Kohlenpreise nur 8,8 Proz. betrug. Der bisherige Listenpreis für Fettdörferkohle ist von 16,89 M. auf 15,40 M. je Tonne gesenkt worden; in einem ähnlichen Verhältnis wurden auch die Preise für die andern Kohlenorten heruntergesetzt. Die Beschaffung der Unternehmer, daß die ermäßigten Kohlenpreise eine Erlösverminderung um durchschnittlich 1,80 M. je Tonne ergeben würde, entspricht nicht der Wirklichkeit. Richtig ist, daß bisher schon im unbefristeten Gebiet der jeweils volle Listenpreis gezahlt werden mußte und daß für die auf dem Land abgesetzte Kohle noch ein erheblicher Zuschlag zu den Listenpreisen genommen wurde. Eine Erlösverminderung unter den festgesetzten Listenpreisen kann jedoch nur eintreten bei denjenigen Absatzmengen, die ins befristete Gebiet befördert werden. Dort gab es bisher schon einen Preisnachlaß. Die offiziellen Listenpreise konnten infolge der Konkurrenz nicht gehalten werden. Als solche Konkurrenzgebiete gelten das gesamte norddeutsche Reichsgebiet sowie die nordischen Länder, in denen die deutschen Kohlenreviere sich teilweise gegenseitig Konkurrenz machen oder polnische bzw. englische Kohle als Konkurrent auftritt. Wiederum aber ist es Tatsache, daß das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt trotz dieser Preisnachlässe in den befristeten Gebieten die Durchschnittserlöse in den ersten neun Monaten des Jahres 1930 gehalten hat, wenigstens ist keine nennenswerte Verschlechterung der Erlöse eingetreten. Für die letzten drei Monate des vorigen Jahres ist leider der Durchschnittserlös noch nicht bekannt geworden, weshalb sich ein Vergleich nicht anstellen läßt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß nach den herabgesetzten Kohlenpreisen der Erlös sich je Tonne um nicht mehr als um eine Mark verringern wird. Das sind rund 6 Proz. Dagegen fordern die Unternehmer offiziell 12 Proz. Lohnabbau.

Einen wichtigen Maßstab im Kohlenbergbau bilden die Selbstkosten und hier insbesondere die Höhe der Löhne bzw. die Lohnkosten je Tonne Kohle. Der Fördereranteil betrug im April 1928 = 1172 kg, die Lohnkosten stellten sich auf 7,04 Mark je Tonne. Im Monat Oktober 1930 betrug der Fördereranteil 1415 kg, die Lohnkosten je Tonne betragen 6,36 M. Das bedeutet eine Senkung der Lohnkosten um rund 10 Proz. Hierzu kommt, daß im Verlauf der letzten Monate die Preise für Holz, Die, Setze und andre im Grubenbetrieb notwendige Materialien ganz erheblich im Preise gefallen sind, so daß die Grubenverwaltungen sowohl in der Lohnkosten als auch in der Materialkostenposition Mitposten für sich haben. Dazu kommt ferner, daß der gesamte Ruhrbergbau wirtschaftlich sehr profitabel ist. Die Unternehmer haben die von den Gewerkschaftsvertretern aufgemachte entsprechende Selbstkostenberechnung nicht entkräften können (sie war aufgebaut auf der Grundlage, wie sie das Reichswirtschaftsministerium wiederholt zur Anwendung gebracht hat). Wenn trotz dieser unbestreitbaren Nachteile einer verhältnismäßig erträglichen Entwicklung der Kohlenförderung, die eine Preislenkung auch ohne jeden Lohnabbau gestattet, von den Vertretern der Bergarbeiterverbände schon bei den Lohnverhandlungen im Dezember v. J. die Möglichkeit einer Lohnsenkung bis zu höchstens 4 Proz. erörtert worden sein soll, so läßt sich das nur dadurch erklären, daß sich die Arbeitervertreter in einer unüberwindlichen Zwangslage befinden, die sowohl durch das unternehmerfreundliche Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung als auch durch die kommunistische Festsplittierungsarbeit unter den Bergarbeitern bedingt sein dürfte.

Es ist kaum zu glauben, mit welchen Mitteln und Berechnungen die Grubenunternehmer des Ruhrgebietes ihre politische Haltung in der Sphentlichkeit zu rechtfertigen suchen. So wird beispielsweise in dem schwerindustrialen Sprachorgan, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, vom 4. Januar folgendes berichtet: „Wohl kaum jemals ist bei Lohnverhandlungen die gesamte Sachlage so klar und eindeutig gewesen, kaum jemals ist das von den Unternehmern vorgelegte Zahlenmaterial so wenig angezweifelt worden wie hier. Wenn sich trotzdem der Schlichter nicht einschließen konnte, einen Schiedspruch auf der Grundlage des Mindestsatzes von 8 Proz. Lohnsenkung, der trotz seiner wirtschaftlichen Anzulänglichlichkeit schließlich von den Unternehmern zugestanden ist, so fällen, so müssen dafür einfach politische Direktiven maßgebend gewesen sein, die ihn aus Berlin zugegangen sind, und die — höflich ausgedrückt — in befehlendem Widerspruch zu den vor der Kohlenpreisermäßigung zwischen Regierung und Bergbau geführten Verhandlungen stehen.“

Was die erwähnte Beweiskraft des Zahlenmaterials betrifft, so ist genau das Gegenteil richtig. Die Arbeitervertreter waren es, die gestützt auf die früheren Erhebungen und Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums

und die, gestützt auf die Positionen des Schmalenbachgutachtens, einen einwandfreien Vergleich der Kostenentwicklung anstellen konnten. Dieser Kostenvergleich ergab jedoch das bekannte günstige Bild, das von den Unternehmern nicht widerlegt werden konnte. Während also die Arbeitervertreter sich eingehend bemühten, auf der einzig möglichen objektiven Grundlage die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues zu erforschen, lehnten die Unternehmer diese Vergleichsbasis ab. Statt dessen operierten sie mit Zahlen, deren Wert und Richtigkeit von einem Dritten nicht nachgeprüft werden konnte. Diese Sachlage und nicht die politischen Direktiven dürften wohl auch den Schlichter veranlaßt haben, nicht für den Vorschlag der Unternehmer zu stimmen. Daß die Unternehmer sich überhaupt mit einer achtprozentigen Lohnsenkung zufrieden geben wollten, obwohl nach ihrer Meinung 20 Proz. Lohnabbau notwendig wären, beweist, wie wenig ernst ihre zahlenmäßigen Angaben zu nehmen sind. Es bleibt daher die Frage: Was sollen derartig irreführende Nachrichten bezwecken? Nun, dieser Zweck ist unschwer zu erkennen. Man droht der Regierung mit einem Mißtrauensvotum und versucht somit die Lohnfrage mit den politischen Machtverhältnissen zu verquiden. Am Schluß des Berichts der betreffenden Zeitung heißt es deshalb auch: „Das Kapital an Vertrauen, das man ihr (der Regierung) entgegengebracht hat, schmilt merklich dahin. Es wird auch bei der Ruhrindustrie durch zwei nicht erfüllte Regierungsversprechungen nicht eben erhöht werden.“ Demgegenüber wäre sowohl dem Reichsarbeitsminister Stegerwald wie überhaupt der Reichsregierung dringend zu empfehlen, sich endlich von jeder weitergehenden Rücksicht auf staatsfeindliche Profitpolitiker in Unternehmertreuen frei zu machen. Denn die Opfer, die bisher die deutschen Bergarbeiter wie die gesamte deutsche Arbeiterschaft für Volk und Vaterland, und damit auch für die jeweilige deutsche Reichsregierung, schon gebracht haben, sind so groß, daß in dieser Beziehung nicht ein einziger Bergwerksbesitzer oder Inhaber von Bergwerksaktien auch nur einem einzigen Bergmann mit gleicher Opferwilligkeit zur Seite gestellt werden könnte. Eine solche Opferbereitschaft auf noch härtere Proben zu stellen, gereicht weder der Regierung, noch dem von ihr bestimmten staatlichen Schlichter zur Ehre. Keinerlei Staats- oder Volksinteressen würden auch nur im geringsten dadurch gefährdet, wenn den Bergarbeitern, die in Wirklichkeit doch nur natürliches Volkseigentum für ihre privaten Interessen ausbeuten, endlich einmal von einem öffentlichen Schlichter gesagt würde: Schluß mit dem Lohnabbau!



# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



**D. Waberfen in Breslau**  
Eingetreten: 10. Januar 1881  
Lebt Invalide



**I. Kleinlein in Nürnberg**  
Eingetreten: 10. November 1880  
Lebt Invalide



Der Königsberger Philosoph Kant, dessen ganzes Leben ein einziges Denken war, gab uns den Begriff „Bermannut“. Er stellte die Menschheit auf eine höhere Stufe des Geistes. Der Buchdruck war es, der diesen Gedanken in die Massen trug. Die Geisteswerke Schopenhauers wurden durch unser Wirken publik gemacht. Der Philosoph Hegel, sein Schüler Marx gaben den Arbeitern die Idee des Sozialismus durch unsere buchdruckerliche Vermittlung. Immer steht der Buchdrucker in geistiger Beziehung an erster Stelle. Geht man nun dazu über und drückt den Stand der Buchdrucker herab, indem man ihm seinen wohlverdienten Lohn beschneidet, so drückt man die ganze Kultur herab und stellt sie wieder auf die Stufe des Mittelalters, wie es ja die ehemaligen Gewerkschaftsführer Brüning und Stegerwald bereits fertiggebracht haben mit ihren Noterwerbungen. Wenn schon Führer eines Staates die Kultur unterdrücken, statt sie zu heben, so wirkt das ein trauriges Licht auf den Geisteszustand solcher Führer. Nicht Unterdrückung der Massen, sondern Erhebung der Massen auf eine höhere geistige Kulturstufe ist nötig, um diese unsere Notzeit zu überwinden.

Wir Buchdrucker als Kulturträger, die wir nun einmal sind, wissen wohl, was das Wesen des Buchdrucks für die Kultur der Menschheit bedeutet. Wir haben es also am wenigsten nötig, unsre wohlverordneten Lohnrechte uns beschneiden zu lassen, schon mit Rücksicht darauf, daß die organisierten Arbeiter anderer Berufe auf uns schauen, da sie uns immer noch als die Pioniere der Arbeiterschaft betrachten. Kantische Vernunft, praktische Vernunft muß also wieder in die Erscheinung treten, muß die Massen befruchten und begeistern und auch uns Buchdrucker ein Zeitfaden sein für unsre Handlungen.

J. Seeg.  
Nürnberg.

## Sind sich das die Prinzipale schon überlegt?

Nachdem nun bei den letzten Verhandlungen betreffend Lohnföhrung die Vernunft wiederum gesiegt hat und die Angelegenheit bis Februar hinausgeschoben wurde, hat man auf Prinzipalsseite Gelegenheit, sich die ganze Sache nochmals reiflich zu überlegen, ehe ein Schritt getan wird, den man vielleicht über kurz oder lang bereuen dürfte. Es muß vor allem überlegt werden, ob denn wirklich ein Vorteil dabei herauspringt. Die Buchdruckerbranche kann nicht mit jedem beliebigen andern Zweig verglichen wer-

den, der Lohnabbau vornimmt; denn einem Lohnabbau muß Preisabbau vorausgehen. Das müßten aber im Falle eines Lohnabbaues dann auch die Buchdruckprinzipale machen. Denn das Publikum würde mit Recht darauf dringen. Außerdem ist ja von einem Preisabbau im wahren Sinne des Wortes nicht das geringste zu spüren, sondern die Preise sind im großen Ganzen dieselben. Was nicht es, wenn der Großhandelsindex um 0,3 zurückging, wie man uns die Nachrichten so gern vorsetzt — gepulvert gedruckt —, während der Kleinhandel gar nicht an Abbau denkt! Auf diese Kinderlichkeiten geben wir nichts. Es ist aber darüber schon genug geschrieben worden, und unsre Prinzipale wissen das selbst so genau wie wir, daß ich mich darüber nicht länger aufhalten brauche.

Wie würde sich nun z. B. ein Lohnabbau im Buchdruckgewerbe auswirken? Greifen wir einmal eine Zeitung heraus. Angenommen die Zeitung hat 10 000 Abonnenten; der 14tägige Bezugspreis der Zeitung beträgt 90 Pf., der Abbau, der ja kommen muß, beträgt mindestens 10 Pf., so wären das im Monat 20 Pf. und bei 10 000 Abonnenten rund 2000 M. Das ist nun nur die Zeitung, die Druckarbeiten, Inserate usw. müßten logischerweise folgen.

Nun die andre Seite: Nehmen wir einmal an, es würde ein fünfprozentiger Lohnabbau erfolgen, so wären das bei einem angenommenen Durchschnittslohn von 65 M. pro Woche und Gehilfe 3,25 M. oder im Monat 13 M.; nehmen wir ferner an, in dem Betrieb stehen 20 Gehilfen, so wäre das für den Prinzipal eine „Erübrigung“ von 260 M. im Monat. Der Prinzipal hat aber durch den Ausfall des billigeren Abonnements 2000 M. Verlust im Monat; die Erübrigung in Rechnung gestellt, bleiben noch 1740 M. Verlust. Bei dem einen Prinzipal dürfte sich die Sache noch trasser, bei dem andern vielleicht etwas günstiger auswirken, Vorteil wird keiner haben, denn auch die Nicht-Zeitungsbesitzer müssen dann herunter mit den Preisen, und man wird sich manchmal an den Kopf fassen, daß man so dumm war.

Obige Berechnung ist nur ein kleines Beispiel, das sich noch vervielfältigen ließe. Möge man deshalb die Vernunft walten lassen auch bei weiteren Verhandlungen und sich nicht von dem Lohnraubtaumel hinführen lassen. Vernünftige und vor allem kluge Geschäftstaktik muß hier über die Köpfe der einzelnen Heißsporne gehen. Denn man glaube nur nicht, daß die Gehilfen der Buchdruckereien so ohne weiteres sich in den Staub treten lassen. Wir stehen nicht nur geschlossen hinter unsern Führern, sondern sind zum äußersten Schritt bereit, um demjenigen die Zähne zu zeigen, der mit uns Schindluder treiben will.

Zum Schluß sei noch ein Ausspruch angeführt, den einmal in hiesiger Gegend ein Prinzipal tat gelegentlich eines von den Gehilfen gewonnenen 14tägigen Lokalstreiks. Er sagte: „Ich habe während der 14 Tage mehr verloren, als wenn ich meinen Gehilfen drei Jahre die Zulage bezahlt hätte.“ — Möge dies zu denken geben und man nicht mit der Geduld der Gehilfenschaft spielen!

B i e r i c h t a. H.

## Korrespondenzen

**Frankfurt a. M. (Maschinenleger.)** Am 5. Dezember fand eine außerordentliche Versammlung statt, die sich mit den Lohnverhandlungen beschäftigte. Vorsitzender B a e r streifte in seinem Referat alle in Betracht kommenden Punkte. Die Maschinenleger seien zur schärfsten Gegenwehr bereit, was eine von allen anwesenden Mitgliedern angenommene Resolution zum Ausdruck brachte. Die am Vertag abgehaltene Versammlung war auch durch Kollegen von Offenbach, Alsfeld, Hanau und Gießen besucht, was beweist, daß man überall gewillt ist, gegen Unternehmervillkür vereint zu kämpfen. Die inzwischen vom Schlichter ausgesprochene Verlängerung des Art. 15 bis sechs Wochen zeigt deutlich, daß man der Kampftaktik im Buchdruckgewerbe Rechnung tragen mußte, wollte man mit einem Lohnabbaufriedensspruch nicht eine gefährliche Lage heraufbeschwören. — Die Versammlung am 21. Dezember brachte an erster Stelle einen Lichtbildvortrag des Herrn W. N y k i e von der Metzgerhaller Sehmashinenfabrik, Berlin, über die Linotype-Modelle und ihre Neuerungen. Nach Vorföhrung der verschiedenen Modelle und Neuerungen und

## Der Buchdrucker als Vermittler geistiger Arbeit

Wieder einmal sind Prinzipale, Verleger und sonstige Interessenten am Werke, den Buchdrucker auf eine niedrigere wirtschaftliche Stufe herabzubringen. Selbstverständlich bedeutet dies auch Herabsetzung auf eine dementsprechend niedrigere kulturelle Stufe, die ja bei den Buchdruckern schon im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vermittler geistiger Arbeit ganz besonders deprimierend wirken müßte.

Der Mann am Rasten, an der Sehmashine, an Schnellpresse und Notation stellt erst die Verbindung her zwischen Geist und Menschheit. Immer wieder befruchtet der Buchdrucker mit seinen Erzeugnissen das Denken der Menschen und treibt es auf eine höhere Stufe.

Die größten Denker der Menschheit sind Wohlthäter dieser Generationen der Menschen geworden durch die Ausbreitung, Vervielfältigung ihrer Geisteswerke, die ohne Buchdruck wohl nie das Licht der Welt in so großem Umfang erblüht hätten. Dies alles ist heute so selbstverständlich, ist Gemeingut der Menschen geworden, daß es fast überflüssig erscheint, daran zu erinnern. Aber es muß gesagt werden, da es bei unsern Prinzipalen in Vergessenheit geraten zu sein scheint.

Werden die Buchdrucker, die schon durch ihre berufliche Tätigkeit als Diener des menschlichen Geistes gelten dürfen, auf eine niedrigere Stufe herabgedrückt, oder lassen sie sich herabdrücken, so folgt automatisch das Sinken der übrigen Arbeitermassen auf eine niedrigere Stufe ganz von selbst.

## Technische Rückschau

(Fortsetzung.)

**V. Sehmashineneuheiten**

Neue Photosehmashine. Über das Schicksal der Photosehmashinen haben wir früher schon laufend berichtet. Wir stellen nochmals fest, daß nur die Maschine von August Hunter ernsthaft in Erscheinung getreten war, daß aber auch sie wieder in die Werkstatt des Erfinders zurückwanderte, als sich ihre Unzulänglichkeit auf der Londoner Ausstellung herausgestellt hatte. Durch den „Inland Printer“ wird nun bekannt, daß G. F. Bagge in Cleveland das Rätsel der photographischen Sattlerstellung gelöst haben soll. Nach diesem Bericht besteht diese Maschine, die, nebenbei gesagt, recht einfach sein soll, aus einer Schreibmaschinensatur, einem „master-plate“-Halter, einer Kameraröhre mit Vornverhältnis und einer verstellbaren Maske an der Rückseite, einem Halter für die Negativplatte oder den Film, einer horizontalen Zwischenraum- und Ausschließvorrichtung, einem vertikalen Durchschußmechanismus und einer Anzeigevorrichtung. Die Linse ist so konstruiert, daß durch eine einfache schnelle Bewegung die Schrift auf halbstet wiederzugeben werden kann. Die Schrift läßt sich auch verkleinern oder vergrößert darstellen, je nachdem es sich um Titelfüberschriften oder Bildunterschriften handelt. Die horizontale Wortwischenanvorrichtung ist so angeordnet, daß nach Belieben gleichförmige

Wortwischenräume entstehen, während die Anzeigevorrichtung das Sammeln der Zeilen zu einer gegebenen Spaltenbreite gestattet. Die master-plate (Meisterplatte) wird hergestellt, indem man das Alphabet einer Schrift, einschließlich Groß- und Kleinbuchstaben, mit allen typographischen Zeichen auf einen Papierstreifen zeichnet und von hier aus auf die Meisterplatte überträgt. Die Meisterplatte wird in die Maschine eingesetzt. Sie enthält entweder einen Negativfilm oder eine lichtempfindliche Zinkplatte. Der Bediende kann den Text wie bei der Satzmaschine lesen. Die Ausschließung der Zeilen zu einer gegebenen Breite erfolgt automatisch, ebenso werden die Zeilen nach vorheriger Festlegung durchschossen. Durch die Einwirkung des Lichts wird Buchstabe für Buchstabe auf den Film oder die lichtempfindliche Zinkplatte geworfen und dargestellt. Die Meisterplatte kann mit einer andern Schrift leicht ausgewechselt werden; auch können mehrere Zeitungsseiten auf einen einzigen Rollfilm gesetzt werden. Nach dem Entwickeln des Films werden die überschriebenen, Klischeeunterchriften und sonstiger Text zu Stücken geschnitten und vom Metzger mit den Illustrationen umbrochen, und zwar vor der photographischen Übertragung auf die Zinkplatte. Von den Kopien kann eine unbeschränkte Anzahl hergestellt werden. Die Maschine nimmt wenig Platz ein und kann von einem Gehilfen des Schriftleiters bedient werden. Die Anschaffungskosten sollen gering sein. Die Maschine ist für Welt- und Zeitungs-

betriebe und auch für das Tief- und Offsetverfahren verwendungsfähig. Soweit der Erfinder! Aus Nr. 1 des „Graphischen Betriebes“ entnehmen wir aber, daß ein Mitglied der Redaktion des „Inland Printer“ Gelegenheit nahm, diese neue Maschine zu besichtigen. Obwohl er bezeugt davon war, gibt er doch zu, daß die Maschine keineswegs eine Umwälzung im Buchdruckgewerbe hervorruft, selbst wenn sich die Hoffnungen des Erfinders voll und ganz erfüllen sollten. Sie wird nur langsam und stufenweise Eingang finden können, so daß ihre Eindringen kaum bemerkt werden wird. Da inzwischen ein Jahr vergangen ist, scheint das letztere zuzutreffen.

Photosehmashine „H e r t y e“. Aber diese Maschine berichteten wir bereits im letzten Bericht, daß sich in Glarus (Schweiz) eine Gesellschaft „Hertype AG.“ mit 100 000 Franken gegründet hat, welche die Erfindungen und Patente des ungarischen Photographen Edmund Hert verwerflichen wollen. Aus den Patentnachrichten geht hervor, daß man an der Arbeit ist. Eine ausführliche Darstellung der Erfindung läßt sich aber zur Zeit noch nicht geben. Mit dem Bau bzw. mit den Vorarbeiten zum Bau beschäftigt sich bekanntlich die Münchener-Augsburger Maschinenfabrik. (Siehe Rundschau.)

M a r g a t h - M e t a l l z u f ö h r e r. Der Inter-type-Sehmashinen G. m. b. H., Berlin, ist eine Vorrichtung zur vollkommenen automatischen Metallzuföhrung an der Inter-type und ähnlichen Sehmashinen sowie auch bei allen

Ihrer Erörterung fand eine lebhaftige Aussprache statt, die dem Vortragenden allerlei berechtigte Wünsche mit auf den Weg gab, wie das Mitliefern eines brauchbaren Stabes zur Maschine. Die endgültige Umgestaltung des Doppeldeckers in der Form des Bierdeckers, Lieferung von Instruktionsschilfern bzw. Teilergebnisse an die Kollegen wurde gewünscht. Auch die Metallfrage, die von vielen Prinzipalen wenig beachtet wird, wurde angesprochen, da es unmöglich ist, gute Arbeiten mit schlechtem Metall zu liefern. Die Zeilenlänge sei auch in der heutigen Form (Eintapfelung) zu verwerfen, da die Metallspäne die Säge verdrängen. Die meisten Neuerungen beanspruchten erhöhte Fußhöhe, ebenso größere Kantenhöhe, so daß eher Lohnaufbau berechtigt wäre. Kollege Ernst Strobel (München), der als Gast anwesend war, dankte für die Begrüßung und bemerkte, daß er über den guten Besuch der Versammlung und von der technischen Diskussion angenehm überrascht sei. Selbst in Berlin habe er solche technischen Aussprachen nicht erlebt. Das zeigt also den Kollegen, daß der Vorstand und die Technische Kommission alles tun, um für die Fortbildung der Kollegen zu sorgen. Herr Kniefler versprach, der Abgänger, der wir auch an dieser Stelle danken, unsere Wünsche mitzuteilen, die nach Möglichkeit erfüllt werden sollen. Beweiserlich ist, daß acht Ausschüsse wegen Nichtzahlung der Beiträge vollzogen werden mußten. Nachdem noch unter „Geschäftlichem“ einige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht worden waren, hatte die so interessant verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

**Freiburg i. Br.** Unsere **Versammlung** am 22. Dezember war gut besucht, interessierte es doch alle Kollegen, Näheres über die Lohnverhandlungen zu hören. Die Erschienenen erhielten durch Gavorpfeifer **Sandfort** eine eingehende Schilderung über die einzelnen Phasen der Verhandlungen und gollten in der anschließenden Diskussion den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung für das Erreichte. Für die kommenden Verhandlungen wird erwartet, daß mit zäher Energie unter Einsatz unfrer ganzen Macht für eine Verkürzung der Arbeitszeit, zwecks Unterbringung unfrer Arbeitslosen, gekämpft wird. Eine einige und kampftätigere Kollegenchaft siehe hinter dieser Forderung. Von den wichtigen Beschlüssen der Gavorpfeiferkonferenz wurde ebenfalls Kenntnis genommen. Allgemein wurde anerkannt, daß die in der Beitragsfrage getroffene Regelung die gerechteste Lösung sei. Wohl könnten sich bei der Beitragsentziehung gewisse Schwierigkeiten ergeben. Es steht jedoch fest, daß das Solidaritätsgefühl gegenüber den arbeitslosen Kollegen so tief wurzelt, daß es allgemein als Schande angesehen würde, wollte ein Verbandsmittglied sich seinen Verpflichtungen entziehen. Vorsitzender **Scherrer** berichtete u. a. auch über die Bestrebungen einer hiesigen Druckerei, die Leistungszulagen abzubauen, was bisher dank dem energischen und zielbewußten Vorgehen der dort beschäftigten Kollegen abgewartet werden konnte. Zur üblichen Unterstützung der arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten brachten uns Mitglieder teils durch Ertragsbeiträge, teils durch freiwillige Sammlung den schönen Betrag von 900 M. zusammen. Die durch die Bezirkskasse auf 1000 M. erhöhte Summe dürfte manche Not lindern und legt Zeugnis ab von der festen Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit unfrer Kollegen.

**Bra.** (Handseher.) Unsere **Versammlung** am 20. Dezember hätte besser besucht sein können. Unter Mitwirkung des behrachten Vorsitzenden **Kantle** die letzten Handseher der Zentralkommission und die Artikel des „Handseher“, die bei den Mitgliedern gute Aufnahme gefunden haben. Die vom Kassierer **Mexbold** gegebenen Abrechnungen ergaben eine kleine Zunahme des Kassenermögens; ihm wurde einleitend Entlastung erteilt. Den Hauptpunkt der Versammlung brachte der Vortrag des Kollegen **Kaul Geist** über: „Der Handseher im Beruf und in der Technik“. Der anderthalbstündige Vortrag, aus der Praxis genommen, brachte den Anwesenden in seinen Allgemein leicht verständlichen und trotzdem tiefgreifenden Ausführungen viel Wissenswertes. Er wäre wert gewesen, von einem bedeutend größeren Kreis von Teilnehmern gehört zu werden. Festließe doch ein ganzer Teil der Geraer Mitglieder, während die Versammlung erfreulicherweise von Koneuburger Mitgliedern besucht wurde. (Infern benachbarten Vereinigungen kann der Vortrag nur empfohlen werden.) Zur zweiten Thüringer Handseherkonferenz am 11. Januar in Weimar war der Vorsitzende entsandt. Unter „Sonntagen“ wurde noch eine Anzahl Angelegenheiten (A. B. Zusammenarbeit mit der Gruppe des Bildungsverbandes usw.) behandelt.

**Salle a. d. S.** Unsere **Generalversammlung** fand am 14. Dezember unter guter Beteiligung statt. Kollege **Riebschka** gab den Jahresbericht und freiste in

kurzen Zügen die Arbeit, die der Ortsvorstand im verflochtenen Jahr bewältigt hat. Ganz besonders erwähnte er die Differenzangelegenheiten, die teilweise vor dem Arbeitsgericht ihre Erledigung haben finden müssen und zum großen Teil auch günstig für die Kollegen ausgefallen sind. Der Vorsitzende forderte gleichzeitig die Kollegen auf, sich mehr mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen, um bei vorkommenden Fällen kein Fiasko zu erleiden. Ferner sprach Kollege **Riebschka** den Dank aus für die bereitwillige Mitarbeit. Zum Schluß gedachte er nochmals der fünf uns durch Tod entzerrnen Kollegen. Kollege **Jeuerhahn** gab anschließend den Jahresbericht des verflochtenen Jahres. Dieser wies erschreckende Zahlen auf in der Auszahlung von Unterfraktionen infolge der wirtschaftlichen Krise. Kollege **Busch** gab sodann den Bericht der Lehrlingsabteilung und begründete die rege Teilnahme an den Arbeitssabenden. In der Diskussion kritisierte als erster Redner Kollege **Günther** den Jahresbericht, der auffragsgemäß eine „revolutionäre“ Rede hielt, die man allgemein als Wabls- und Wiesenrede bezeichnete. Sie konnte ja auch nichts anderes sein, da den hiesigen „Revolutionären“ aber auch alles Recht abgesprochen werden muß, und zwar infolge ihrer arbeiterfeindlichen Haltung, über diejenigen den Stab zu brechen, die nachweislich ihrer Pflicht als Gewerkschaftler im vollsten Maße nachkommen. Kollege **Brandt** kritisierte, daß im „Kor.“ nichts von den bevorstehenden Lohnverhandlungen zu lesen sei, was vom Vorsitzenden aber gegenteilig bestätigt wurde. Kollege **Jeuerhahn** betonte, daß die Opposition Kritik immer am vertehrten Maß andringt. In der kürzlichen Bezirksversammlung in Weulshaus haben sie aber wohlweislich geschwiegen, obwohl vom Verbandsvorstand Kollege **Kraus** angewandt war. Was es Angab der Ehrlichkeit? Kollege **Drehsler** führte aus, daß man eine Opposition achten müsse, aber sie müsse auch Hand und Fuß haben, und schließlich anschließend die rein falsche Taktik, die im „Klassenkampf“-Betrieb vorherrschend ist. In seinem Schlußwort brachte der Vorsitzende alle Auschwweifungen auf die richtigen Geleise. Sodann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Die Opposition sowie die Sparten hatten eine Liste eingereicht. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß die Opposition keinen ihrer Kandidaten durchbringen konnte. Die Wahl der Beisitzer zum Gavorpfeifer muß durch Urwahl getätigt werden, da vier Vorfraktionen eingegangen sind. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ gab Kollege **Riebschka** einen leider nicht günstigen Bericht vom Arbeitsnachweis. Die Arbeitslosen wurden auf den Erwerbslosenausfluß aufmerksam gemacht, der sich aus drei Kollegen zusammenleht. Der Ausschuß hat den Zweck, in der Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsamt Vergünstigungen zu schaffen. Der Gaites als Wehrnachgeschlecht den ausgefrachten und nichtbezugsberechtigten sowie den inaktivierten Kollegen 15 M. zukommen, die zusammen mit dem Ortsgehalt ausgezahlt wurden. Es sei auf hier auf die Pflicht hingewiesen, möglichst jede Überstunde zu vermeiden, um den Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, bald wieder in den Reihen der Arbeitenden zu stehen. Auch muß die Einstellung von Lehrlingen überwacht werden sowie im Frühjahr dafür Sorge getragen werden, daß eine richtige Betriebsvertretung zustande kommt.

**Karlsruhe.** (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Nach längerer Sommerpause fand am 26. November eine gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende ließ den Freiburger Druckertag, an dem aus dem Bezirk 53 Kollegen teilgenommen haben, Revue passieren. Die an den Druckertag gestellten Erwartungen wurden weit übertroffen und jeder Teilnehmer war mit den dort gebotenen beruflichen und gefelligen Veranstaltungen zufrieden. Der Referent der Versammlung, Herr **Steinberg** von der Firma **G. Spieß** (Weipzig), hielt einen in zwei Teile zerlegten Vortrag. Im ersten behandelte er in ausführlicher Weise die wirtschaftspolitische Lage und ihre Einwirkung auf das Druckgewerbe, während er im zweiten Teil die Fabrikate der Firma **G. Spieß**, unterstützt durch gastreiche Lichtbilder, erklären konnte. Reicher Beifall zeigte, daß der Referent mit seinem gut durchdachten Vortrag Anfang gefunden hatte. Das von der Technischen Kommission ausgearbeitete Jahresprogramm, das wieder einen Winterkurs vorsieht, fand durch die Versammlung Annahme. — Auch die Bezirksversammlung im Oktober fand durch ein Referat des Kollegen **Sieg** (Stuttgart) eine Bereicherung. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten hielt dieser einen Vortrag über „Mehrfarbendruck, seine Entstehung und Entwicklung“. Dazn schilderte er die geschichtliche Entwicklung des Mehrfarbendrucks. Auch die anderen Druckverfahren (Flach-, Tief- und Lichtdruck) fanden dabei Würdigung. — Der am 21. November ab-

gehaltene Technische Abend bot einen Vortrag des Kollegen **Kaul** (Karlsruhe) über das Thema „Aufbau einer Bilderform in der Praxis“. Der Referent schilderte das Einrichten einer Bilderform, wobei er auch auf die dabei auftretenden Schwierigkeiten aufmerksam machte. Das Referat und die anschließende reichhaltige Aussprache boten manche wertvolle Anregung. Der Zweck des Technischen Abends dürfte dadurch erreicht worden sein. Nachdem noch die Kursteilnehmer zu dem Kursus „Rüstherparatur“ eingeteilt waren, fand der vom kollegialen Geiste getragene Technische Abend seinen Abschluß. Der Firma **G. Spieß** (Weipzig) sowie den Referenten sei auch an dieser Stelle gedankt.

**E. K. Mannheim-Ludwigshafen.** (Drucker.) Unfrer diesjährigen Wanderverfammlungen nahmen einen vom besten kollegialen Sinne getragenen Verlauf, erfreuten sich eines starken Besuchs und gaben wohl manchem Kollegen in technischer wie auch organisatorischer Hinsicht etwas Neues mit auf den Weg. Die erste fand am 3. November für die Bezirke Darmstadt, Mainz und Wiesbaden in Darmstadt statt. Die Kollegen der Bezirke Heidelberg, Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Worms trafen sich am 17. November in Worms. Am 30. November fand unfrer letzte Wanderverfammlungen statt, und zwar für die Bezirke Neustadt a. d. S. und Kaiserslautern in Neustadt. Unter „Geschäftlichem“ brachte Kreisvorsitzender **Drt** das vorläufige Programm des am 13. und 14. Juni 1931 in Heidelberg stattfindenden ersten Süddeutschen Druckertages. Er forderte die Vereine auf, durch Gründung von Reisesparten es jedem Kollegen möglich zu machen, den Druckertag zu besuchen. In der folgenden Diskussion sprach sich der größte Teil der Kollegen für den Besuch des Druckertages aus. Unfrer Kollege **Walter Fischer** referierte in allen Versammlungen über das Thema: „Machintentechnische Entwicklung und ihre Auswirkung in den Druckereien“. Ausgehend von der in Deutschland schon viel zu weit vorgeschrittenen Rationalisierung streifte er alle Gebiete, die den Druckern in den letzten Jahren manchmal selbst zur Maschine machten. Das Rad der Zeit läuft seinen Gang. Es aufzuhalten sind wir außerstande. Für uns Drucker gilt es, mit der fortschreitenden Technik Schritt zu halten. Was erreichen wir vor allem durch den Besuch unfrer Spartenversammlungen. Der Beifall der Kollegen bewies wohl am besten, wie sehr der Referent ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. In der anschließenden Aussprache, in welcher alle Redner den Referenten unterstützten, wurde auf verschiedene Mifstände hingewiesen, die da und dort noch vorhanden sind. Kollege **Drt** referierte sodann über „Organisatorische Angelegenheiten“. Er machte die Kollegen auf den in letzter Zeit von Unternehmenseite geplanten Lohnabbau aufmerksam und gab ihnen in überzeugenden Worten Verhaltensmaßregeln, wie diese Maßnahmen abgewehrt werden können. Ebenso brachte er einige aus der Praxis stammende Arbeitsgerichtsentscheidungen zur Kenntnis. Unter Punkt „Technisches“ wurden einige Anfragen gestellt und beantwortet. Zum Schluß machte Kollege **Drt** nochmals auf die Bedeutung unfrer Sparte in organisatorischer wie auch technischer Beziehung aufmerksam und forderte zur regen Mitarbeit und Agitation auch für die Zukunft auf. — In den Versammlungen in Darmstadt und in Worms erfreute uns am Nachmittag die Firma **Holtmann-Steinbergische Farbenfabrik** durch einen höchstinteressanten Lichtbildervortrag. Vertreter war die Firma durch ihre Herren **Schmitt, Bühr, Meese** und **Kuoff**. Herr **Schmitt** gab zu den Lichtbildern Erläuterungen. Ebenso referierte er über die Herstellung der Buchdruckfarben und ihre Behandlung in der Praxis. Auch an dieser Stelle der Firma wie ihren Vertretern für das Gebotene besten Dank.

**Köln.** In unfrer **Versammlung** am 22. Dezember wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Eine Ehrung wurde ferner einem Kollegen zuteil für 25jährige Treue im Verbands. Rege Debatten brachte der Tagesordnungspunkt „Lohnverhandlungen“ und der Bericht von der Bezirksvorsitzendenkonferenz. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Ortsvereinsversammlung ist der Auffassung, daß zur Erreichung unfrer Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnfrigung, wie auch der Internationale Gewerkschaftsprogref gefordert hat, unbedingt vor dem 13. Februar Stellung genommen wird und auch einmal Forderungen aus der Mitgliedschaft herbeigeführt werden müssen, damit die berechtigten Forderungen der Schaffenden auf Recht zur Arbeit und Anteil an den Gütern der Produktion Wirklichkeit finden. Sie schlägt vor, den DGB in Aktion zu bringen, um mit Hilfe sämtlicher Gewerkschaften eine größere Macht gegen die Ausbeutung der Arbeiterchaft einzusetzen.“ Interne Angelegenheiten beendigten die gut besuchte Versammlung.

Gießmaschinen für Schrift- und Ausschlußmaterial geschilft worden. Der Maragah-Metallzylinder besteht in der Hauptfache aus einem längeren, an Ketten aufgehängten Metallblock, der mit seinem unteren Ende in das flüssige Blei hineintragt. Ein an einer dünnen Messingstange hängender Schwimmer gibt das obere Zuführungshöheverhältnis nach dem Metallstand im Gießtopf frei, damit sich der Metallblock so weit wie notwendig senken kann. Der Hauptvortrag dieser Konferenz ist neben der Zettersparnis die unbedingt gleichmäßige Temperatur des Gießtopfinhafes, da eine Überhitzung des Metalls infolge leeren Gießtopfes oder eine Miführung durch Nachfüllen mit der Hand vermeiden wird. Der Metallzuführer erfordert nach erstmaliger Einstellung keine weitere Bedienung. Ein zweiter Block, der zum Vorwärmen an einer benachbarten Reite hängt, läßt sich mit wenigen Handgriffen in Arbeitsstellung bringen.

Die Monometal-Metallzuführung der gleichen Firma sorgt für die Zufuhr geschmolzenen Metalls in den Gießstempel und hält dabei das Metall sorgfältig in gleicher Höhe und in gleicher Temperatur. Die ausgedruckten Zeilen wandern direkt in den Monometaltopf, brauchen also nicht erst wieder zu Blöden umgeschmolzen werden. Der Topf ist so konstruiert, daß das Metall schmilzt, gereinigt wird und genügend erhitzt in den Gießstempel fließt. Das Monometal-System verhindert Störungen, die sonst durch zu wenig Metall entstehen. Der Umschmelzstempel ist direkt

über dem Gießstempel angebracht, so daß das Metall aus dem einen Kessel dem anderen ungehindert zugeführt werden kann.

Matrizen- und Reilführungsfeder mit auswechselbarer Zunge. Dem Maschinenseher August Schwende in Freiburg i. Br. wurde die erwähnte Feder geschilft. Neu an dieser Sammelfeder ist, daß diese nach Abnutzung der Blattfeder oder Zunge nicht mehr wertlos ist, sondern durch eine neue Zunge ergänzt werden kann. Der Hauptvortrag besteht darin, daß das Herauspringen und Herausfallen der Matrizen fast unmöglich wird, weil die Matrizen durch die verlängerte Zunge bis in den Sammler eine Füllung haben. Durch die Reilführung der Feder wird das Aufschlagen der Reile auf die Matrizen verhindert.

Messerreinigungsvoorzichtung für den Typograph. Dem Maschinenseher Seb. Hofmann (München) wurde eine Messerreinigungsvoorzichtung geschilft, die an allen Modellen der Typograph-Semaschine angebracht werden kann. Die Vorrichtung, die aus einem Halter und einem in einen Messingkörper gefaßt, abgeschliffenen, tuzborstigen Bürstchen besteht, wird an dem Gießformwischer ohne jede Änderung angebracht. Das Neue dieser Vorrichtung besteht darin, daß nicht wie bei der an allen Modellen bekannten Reinigungsbürste die Späne von den Messern abgestreift oder abgedüffelt werden, sondern hier fällt nach dem Abschneiden der Zeile der erwünschte

Wischer mit der Messerreinigungsvoorzichtung etwa 2 mm vor die Messer und bekommt erst mit dem Gehen des Gießformhalters in die Grundstellung Anschluß an sie. Die den Messern stets anhaftenden Bleispäne werden dadurch beim Zurückgehen des Messers abgeworfen. Eine vorzeitige Abnutzung der Blöste ist nicht zu befürchten, da die Messer nur leicht berührt werden.

Typengießer **Rico** 136. Die Firma Ristermann & Co., Berlin, hat einen Typengießer konstruiert, mit dem man im eignen Betrieb unter Verwendung von Sehmachinennmatrizen Einzelbuchstaben gießen kann, um die Korrekturen des Matrichenshafes schneller und billiger erledigen zu können. Die Handhabung des Apparates ist einfach. Der Typengießer wird mit dem Stecker an die Lichtleitung angeschlossen und durch Gas beheizt. Die Sehmachinennmatrize wird in den Matrichhalter eingespant und durch Stelldrauben auf Linie und Weite justiert. In dem keinen Tiegel werden einige alte Buchstaben eingeschmolzen oder flüssiges Metall hinzugefügt. Mit einem Handgriff wird der Dezel geschloffen, dann ein kleiner Druck auf den Kolben und der Buchstabe ist fertig. Der Anzug wird mit der Hand abgedreht und der Fuß mit dem Fußmesser ausgehoben. Die so hergestellten Typen sind genau und halten auch mit dem Maschinenfuß Linie. Auf diese Weise können Schriften, Ausschluß und Quadrate von 6 bis 36 Punkt Regel und bis 48 Punkt Breite gegossen werden. (Schluß folgt.)

Stuttgart. Am 21. Dezember berichtete Kollege Klein in einer mit 51 Teilnehmern besetzten Ortsvertreterkonferenz über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. Der Referent sowohl, wie die sich an der Aussprache beteiligenden Kollegen bedauerten es, daß unsere berechtigten Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung Ablehnung gefunden habe. Die Not der Arbeitslosigkeit werde später die schlimmsten Auswirkungen zeitigen, wenn nicht alles versucht und unternommen werde, um wesentliche Teile der davon Betroffenen wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen. Ein Mittel dazu sei, Kürzung der 48-Stunden-Woche und endlicher Übergang zu dieser, wo noch länger gearbeitet werde. Die Arbeiterschaft wolle ihr Teil zur Vinderung der Not unter Übernahme von schweren Opfern beitragen. Die Arbeitgeber halten jedoch stark am Prinzip fest, ohne zu bedenken, wie planlose Kurzarbeit einerseits und Längerarbeit bei gleichen und in fremden Berufsgruppen andererseits sich schädigen für die Gesamtwirtschaft auswirken müßte. Im ersten Fall wird ein langsam aber sicher eintretender Rückgang der Betriebsmittel die betroffenen Teile der Wirtschaft an den Ruin bringen. Im letzteren Fall eine Ballung der Betriebsmittel in wenigen Händen den entgegenstehenden Wirtschaftszweigen diktatorisches Übergewicht bei Preisbildung und Preisbindung sichern. Statt hier nun mit der Arbeiterschaft Hand in Hand zu arbeiten, ihre ausgleichenden Vorschläge anzunehmen, werde der Herr-im-Haus-Standpunkt herangezogen und jedes vernünftige Entgegenkommen gegen das eigene Interesse verweigert. Den Schaden trage die Gesamtwirtschaft. Wenn der letzte Akt des „Zeitkristall“ zum Ergebnis der Lohnverhandlungen diesem Standpunkt unverändert Ausdruck verleihe und von der sechs Wochen späteren noch günstigeren Situation orakelt, so mag das als die „unannehmbar“ Siegfriedstellung des Weltkriegs illustriert gewertet werden. Sechs Wochen später werden Vernunft und Rechtsempfinden wiederum den richtigen Weg einschlagen müssen. Im zweiten Teil der Zusammenkunft berichtete Kollege Schröder über die den Lohnverhandlungen sich anschließende Gewerkschaftskonferenz. Sein satzungsmäßiges Material über die Arbeitslosigkeit unterstützte die Forderung der 40-Stunden-Woche. Die beschlossene Extrabehaltungs-erhöhung zur Unterstützung unrer arbeitslosen ausgesetzten Kollegen wurde beifällig begrüßt. Nicht eine Stimme erhob sich gegen diese solidarische Notverordnung. Im Gegenteil. Die Aussprache ergab, daß die Höher- und Höchstlohnten noch zu viel einschneidenderen Maßnahmen bereit sind. Die Richtlinien bei Ausschüssen gewerkschaftsständiger Werber wurden als notwendig anerkannt. Die Wahl des Kollegen Volkman zum Jugendsekretär fand Beifall. Regelung der Lehrlingszuteilung beim Tief- und Offsetdruckerfabriken, Schulen der Gewerkschaften und die damit gemachten Erfahrungen, Stärke bzw. Schwäche unserer Gewerkschaften bildeten den Schluß der Berichterstattung. Die Aussprache bestritten die Kollegen Heinrich (Heilbronn), Kohlrausch, Pfänder, Bötzler (Stuttgart) und Meßger und Gebelzger vom Geworverband mit dem Ergebnis wie oben schon angeführt. In kurzem Schlußwort fanden einige Unklarheiten und Anfragen durch den Kollegen Klein richtiggestellt. — Die gleichen Redner erstatteten am 23. Dezember vor vollem Hause in einer Stuttgarter Mitgliederversammlung über die gleichen Vorgänge Bericht. Zuerst wurde ein Ausschluß nach § 10 unseres Statuts vorgenommen. Ein Werber für die RGD wurde nach Anhörung seiner Gründe für dieses Tun und unter Beteiligung einer weiteren Anzahl von Rednern an der Aussprache mit allen gegen 30 Stimmen ausgeschlossen. Der Bericht des Kollegen Klein über die Lohnverhandlungen ergab in dieser Versammlung das gleiche Bild wie bei der Ortsvertreterkonferenz. Ebenso auch der des Kollegen Schröder. Bei der Aussprache wurde ein typischer Vorschlag erwählt. Kurz vor Fällung des Schiedspruchs erteilte ein heftiger Großvater der eignen Druckerel ein Auftrag, der mit Bekanntwerden des Schiedspruchs sofort zurückgezogen und dafür Kurzarbeit angeklagt wurde. Ob diese Maßnahme die sechs Wochen später noch günstigere Situation vorbereiten helfen soll? Eine erfreulicherweise rege Beteiligung an der Aussprache brachte dem linientreuen RGD-Kollegen eine Abwehr, wie sie wohl noch keinem heftigen Buchdrucker zuteil wurde. Sein durch Vorgesänge in der hiesigen SVZ-Druckerel erzwungenes Eingeständnis, daß auch in RGD-Betrieben allein die Geschäftslage bei Lohn- und Arbeitszeitverkürzung maßgebend lie, hand in raffem Widerspruch zu dessen maßlosen Forderungen, wo es sich um „kapitalistische“ Betriebe handelte. Loyalitätsgelber und ungeschickter wie dieser Redner in die selbstgelegten Schlingen trat, tat es noch kein anderer vor ihm. Sein Verlangen, heute schon eine Aussprache und Festlegung für die kommenden Lohnverhandlungen am 2. Februar herbeizuführen, fand in der Versammlung ein solches Echo, daß auch diesem Kollegen endlich klar werden müßte, wie er auf dem Holzweg marschiert. Zwei jüngere Kollegen gaben die nötige Antwort auf diese taktische Unflughöhe. Die Zerpflückung und Abwehr setzten ältere Kollegen in solch wirkungsvoller Weise fort, daß dem RGD-Kollegen buchstäblich die Spude wegblieb. Unmanierliches Aufden-Tischsetzen und unüberlegte Wischentrübe seinerseits sollten seine Echtheit über Kritik und beherrschende Ironie beweisen. Nichts half. Auch verlegene Hilfe aus den RGD-Oppositionsteilen wußten dieses rote Schaf nicht rein. Nachdem ein Schlußantrag angenommen war, der mehreren Rednern das Wort entzog, ging Kollege Klein auf die Ausführungen der Oppositionsredner ein. Dabei konnte er an einem aus der Aussprache sich ergebenden Beispiel zeigen, wohin die extremen Tiraden die jungen Leute führen. Nach dem 1. Mai wurde ein junger Kollege in einem heftigen Betrieb entlassen, weil er bei der RGD-Maidemonstration die rote Fahne getragen hatte. Heute kommt dieser Mutterprolet in nagelneuer Hitler-Uniform in seine Arbeitsstätte. Die RGD-Opposition (ausgeschlossene RGD-Mitglieder) verfiel Klein mit einem Klau von Offizieren ohne Soldaten, der bald an eigener Ohnmacht zugrunde gehen werde. Dem treurevolutionären Großsprecher wies er seine Demagogik auf den Kopf zu. Aber auch den Nazifakaten der kapitalistischen „Arbeiter“partei schenkte Klein nichts. Diese werden in Zukunft den Weg ihrer Weltanschauung, noch besser gesagt, den ihrer Verführung gehen müssen. In unsern Reihen Unterführungen einladen und die Interessen der Gesamtarbeiterschaft verraten, lasse sich nicht vereinigen. Die wirkungsvoll verlaufene Versammlung hat ge-

zeigt, daß den Stuttgarter Buchdruckern der Gebuldsfadenerissen und sie fernerhin nicht gewillt sind, Parteigänge und -kämpfer in ihren Verhandlungen zu dulden. Wenn die bisherigen Außenleiter aus dem eindringlichen Mahnen des Kollegen Klein zur Einigkeit, zur Geschlossenheit, zur Kollektalität und gegenseitigen Hilfe lernen wollten, hätte dieses reinigende Gewitter Gutes geschaffen.

Stuttgart. Die neuen Lehrlingshöchstlöhne sind seit 1. Januar 1931 auch für Württemberg Gesetz. In Nr. 95 des „Korr.“ wurde nun über eine Funktionärerversammlung in Stuttgart gesagt, daß die Handwerkskammer etwas pomadig arbeiten und die Heilbronner Kammer zu den rückständigsten zähle. Gegen diese Redewendung legte die Heilbronner Kammer beim Vorstand des Gauess Württemberg Bewahrung ein. Dieser erklärt darauf, daß ihm die Absicht irgendeiner Verletzung natürlich fernlag, und er steht nicht an, den erhabenen Vorwurf mit Bewauern zurückzunehmen. Die Heilbronner Kammer betonte, daß Verhandlungen mit 38 Berufen in Lehrlingsfragen im letzten Jahre notwendig waren und fortgesetzt werden müßten. Die Erledigung verzögerten. Andererseits dünkt dem Gauvorstand der jährliche Wechsel der Geschäftsführung der vier württembergischen Handwerkskammern für allgemeine Fragen als eine Erschwerung und Verzögerung solcher Arbeiten.

### Allgemeine Rundschau

Lohnverhandlungen im Schriftgießergewerbe. Der Lohnstarif für das deutsche Schriftgießergewerbe war von beiden Tarifparteien fristgemäß zum 31. Dezember 1930 gelündigt worden. Am 6. Januar d. J. trafen nun die beiderseitigen Vertreter zur Stellungnahme zu den eingereichten Vorschlägen in Berlin zusammen. Von Arbeiterschaft wurde zur Behebung der großen und langandauernden Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Herabsetzung der normalen wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, die auf fünf Tage zu verteilen sind, beantragt. Für die durch die Verkürzung ausfallenden Arbeitsstunden sind Arbeitslose einzustellen und zum Ausgleich für den Verdienstverlust die tariflichen Mindestlöhne um 10 Proz. zu erhöhen. Die Unternehmer forderten dagegen eine Senkung aller Löhne um rund 12 Proz. mit entsprechender Herabsetzung aller in Frage kommenden Positionen für Stillstandsarbeit. Die Verhandlungen am ersten Tage (6. Januar) verliefen ergebnislos, desgleichen Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministerialrats Prof. Dr. 7. Januar. Darauf beantragten die Unternehmer beim Reichsarbeitsministerium die Einsetzung eines amtlichen Schlichters. Über diesen Antrag war bei Abschluß dieser Nummer noch keine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums getroffen.

Nachkommenswerte Beispiele. Wie alljährlich, so erhielt auch zum letzten Weihnachtsfest das gesamte Personal der Firma Ziegemeier & Co. in Bünde in Westfalen ein Geldgeschenk. — Wie in jedem Jahr, so verabreichte die Direktion des Traktorfabrikates in Bremen zum Weihnachtsfest den Angestellten sowie dem gesamten technischen Personal ein Geldgeschenk.

Holzmittelausstellung in Berlin. Freunde künstlerischen Schaffens haben Gelegenheit, eine große Anzahl Drucke der vielseitigen und schönen Holzschneidekunst im Ausstellungsraum des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe, Königin-Augusta-Strasse 12, zu besichtigen. In plastischen Darstellungen wird außerdem der Verdegang eines Holzschneides gezeigt. Die Ausstellung ist dienstags von 16 bis 19 Uhr, sonntags von 14 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt jederzeit zugänglich. Gruppenführungen nach vorheriger Verständigung auch außerhalb der angegebenen Zeiten. Fernsprecher: 5568.

Humboldt-Hochschule (Freie Volkshochschule) in Berlin. Wie von der Schulleitung in ihrem sechsen verstandenen 32 Seiten lauzen Vorlesungsheft für das 53. Studienjahr (Januar bis März 1931) mitgeteilt wird, hat auch das vergangene Studienjahr im Verhältnis zu der gesamten Wirtschaftslage einen erfreulichen hohen Besuch der Vorlesungen, Vorlesungen und Vorträge der Humboldt-Hochschule gebracht. Darin ist ein Beweis für die Tatsache zu erkliden, daß auch in bebrängter Zeit die Teilnahme an den geistigen Fragen der Gegenwart und das Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis sehr lebhaft geblieben sind. Das neuste Vorlesungsheft verzeichnet viele Einzelvorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten und 236 Kurse. Fremde Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch, Lateinisch, Dänisch, Norwegisch, Schwedisch, Niederländisch. Für graphische Berufe besonders von besonderem Interesse sind folgende Kurse: Schriftzeichnen und Plakatmalen für Anfänger und für Fortgeschrittene; Zeichen nach der Natur, künstlerisches Zeichnen, u. a. Name und Kunstgewerbe; Studio in Handgezeichnet, u. a. Naturstudien und Linolschnitt. Branchenkunde: Querschnitt durch die Werbung dreier Länder. (Mit Lichtbildern.) Eine Neuerung: Berlin - Paris - London. Deutschkunde: Deutsche Stilistik, Deutsche Rechtschreibung und Sprachlehre (Großschreibung, Zeichensetzung, Fremdwortkunde, mir oder nicht, Satzlehre); Gut Deutsch in Wort und Schrift. Außerdem finden Führungen durch die Berliner Museen, Wandern und Reisen (Orient, Italien, Paris) statt. Vorlesungsverzeichnisse im Hauptbüro, Berlin W 9, Königin-Augusta-Strasse 15, in den Warenhäusern Wertheim, Teyl und Karstadt sowie in allen größeren Buchhandlungen Groß-Berlins. Die ersten Kurse beginnen am 12. Januar 1931.

25 Jahre Gewerkschaftsredakteur. Wie wir in Erfahrung bringen, kann Kollege Karl Michaelis, Redakteur der „Buchbinderzeitung“, am 10. Januar d. J. auf eine 25jährige Redakteurstätigkeit zurückblicken. Im jugendlichen Alter von noch nicht 25 Jahren wurde dem damals in Zürich als Buchbindergehilfe Tätigen durch einflussreichen Beschluß des Verbandsvorstandes und des Ausführenden des verantwortungsvollen Amt des Schriftleiters des Organs des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter übertragen. Wer den Redakteurberuf ergreift, der muß diesem mit allem, was er ist und was er kann, angehören, muß ihm an geistigen und physischen Kräften geben, was er besitzt. Das hat auch Kollege Michaelis unserm Bruderverband gegenüber redlich getan. Sein Amt wurde ihm

nicht leicht gemacht, zumal in der ersten Zeit auch im Buchbinderverband heftige Richtungskämpfe ausgetragen werden mußten. Kollege Michaelis hat die Schwierigkeiten zu meistern verstanden und die „Buchbinderzeitung“ zu einem angesehenen Gewerkschaftsblatt werden lassen. Wir nehmen gern Veranlassung, unsern bewährten gewerkschaftlichen Mitkämpfer und Freund zu seiner 25jährigen erfolgreichen Redakteurstätigkeit zu gratulieren und ihm auch für die Zukunft gute Gesundheit zu wünschen. Vor allem aber die nötige Verrentung, die der Flügel Schlag geistiger Arbeit heute mehr als je von einem Gewerkschaftsredakteur beanprucht.

Kampf gegen Lohnabbau im gesamten Buchbinder-gewerbe. Seit Beginn dieses Jahres steht auch der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter in der Abwehr des Lohnabbaues für etwa 85 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im gesamten Reichsgebiet. Der Lohnstarif zum Reichsmanteltarif für die papierverarbeitende Industrie (Briefumschlag, Geschäftsbücherbranche usw.) ist von den Unternehmern zum 14. Januar gelündigt worden. Dieser Lohnstarif, der sogenannte „Apl“-Tarif, hat für etwa 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung. Ebenso haben auch der Deutsche Buchdrucker-Verein und der Bund deutscher Buchbinderinnungen, die beide an diesem Reichslohntarif beteiligt sind, den Vertrag zum gleichen Termin gelündigt. Von der Tarifbindung in den Buchdruckerbetrieben werden etwa 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen und in den Tinnungsbetrieben rund 5000 betroffen. Zum gleichen Termin ist auch vom Verband deutscher Buchbinderzeitung der Reichslohntarif für die Großbuchbindererlei (ADB-Tarif) gelündigt worden, der etwa 12 000 Beschäftigte erfaßt. Schließlich ist noch der Reichslohntarif für die Kartonagenindustrie zu Mitte Februar gelündigt worden. Durch diese Kündigung werden rund 35 000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Lohnabbau bedroht. Daß die Unternehmer aller Branchen die Lohnstarife gelündigt haben, um die Höhe herabzubrühen, steht außer Zweifel. Ihre Forderungen haben sie bis jetzt noch nicht bekanntgegeben. Die Verhandlungen über den Neuschluß des „Apl“-Tarifs begannen am 9. Januar, die für die Großbuchbindererlei finden am 13. Januar und die Verhandlungen für die Kartonagenindustrie Ende Januar statt.

Veränderte Aufmachung von Gewerkschaftszeitungen. Wohl in keiner Epoche haben die deutschen Gewerkschaftszeitungen eine so starke Veränderung in ihrer Aufmachung erfahren, wie in den letzten Jahren. Sowohl inhaltlich als auch technisch wurden Verbesserungen durchgeführt, die geeignet sind, die kulturelle Bedeutung der Gewerkschafts- presse der Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen. In dieser Richtung verdient besonders an die wirkungsvolle Schau der freien Gewerkschaften auf der „Weissa“ erinnert zu werden. Mit Anfang dieses Jahres sind verschiedene Gewerkschaftsblätter zu Änderungen des Kopfes, der Schriftart, des Satzspiegels usw. übergegangen. Die „Holzarbeiterzeitung“ erscheint jetzt in Antiqua. Ihr Satzspiegel weist vier Spalten auf, anstatt der bisherigen drei. Auch das Verbandsorgan des Einheitsverbandes der Eisenbahner erscheint in neuem Gewand, und zwar vier-spaltig im Din-Format und ebenfalls in Antiqua. Neue Gewänder haben sich ferner zugesellt die „Lebenderzeitung“ und „Der deutsche Arbeiter“. Beide Blätter gingen zur Antiqua über und ihr Aussehen hat in druck-technischer Hinsicht gegen früher Bedeutendes gewonnen. „Der Bekleidungsarbeiter“ hat wohl die Frakturchrift beibehalten, aber sonst sein Gesicht stark verändert. Eine grandiose Umwälzung hat ferner „Der freie Angestellte“ erfahren. Nummer 1 dieser monatlich zweimal erscheinenden Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten erschien in einem Umfang von 16 Seiten. Die härteste Veränderung hat die „ADBZ“, die „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“, aufzuweisen. Sie erscheint jetzt im sogenannten Berliner Zeitungsformat, und zwar dreimal wöchentlich. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch der „Tungbuchdrucker“, das Organ unrer Lehrlingsabteilung, sich fortan in völlig neuem Gewand präsentiert.

Naziwörter. In der Silbentradt wurden in Berlin zwei junge Menschen durch bisher noch flüchtige Nazi-fanatiker auf brutale Art erschossen. Von Hunderttausenden geleitet, wurde der eine der beiden Toten, der Reichsbannermann Willi Schneider, der einzige Sohn eines früheren Kollegen, am 7. Januar zur letzten Ruhe bestattet. Tiefste Empörung, der arbeitenden Bevölkerungskreise Groß-Berlins gegen die nationalsozialistischen Mordtaten klug aus der tiefsten Trauerfundgebung heraus, Anklage und Mahnung zugleich.

Ausgewogene „Wohltat“. Die Großtirma Adam Opel AG. in Frankfurt a. M. „beglückte“ ihr Personal kurz vor dem „Fest der Liebe“ mit einer gebrauchten Mitteilung folgenden Wortlauts: „Ihr Leben ist verlickert! Um einen Teil Ihrer Sorgen mit Ihnen zu tragen, haben wir für alle unsere Betriebsangehörigen mit der Lebensversicherungs-gesellschaft Phoenix einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen, der Ihnen die Möglichkeit gibt, zu Prämien-lagen, die weit unter den sonst in Deutschland üblichen liegen, Ihr Leben zu versichern. Dies ist dadurch möglich, daß wir bereit sind, einen wesentlichen Teil der Prämie für Sie zu übernehmen. Der von Ihnen zu tragende Teil der Prämie wird außerordentlich gering sein. Um Ihnen den endgültigen Beitritt zu der Gruppenversicherung zu erleichtern und Ihnen eine sofortige Sicherheit zu geben, haben wir Ihr Leben auf unsere Kosten, also ohne daß Ihreierts irgendwelche Beiträge zu leisten sind, mit Wirkung bereits ab heute, den 24. Dezember 1930, bis zum 31. Januar 1931 mit 2500 M. versichert. Eine ärztliche Untersuchung ist nicht erforderlich. Im Falle Ihres Ablebens innerhalb der vorgenannten Zeit wird der Versicherungsbeitrag von 2500 M. an diejenige Person ausgezahlt, die Sie auf der anliegenden Karte als empfangsberechtigt bezeichnen. Um Sie gleichmäßig in den Genuß dieser für Sie unentgeltlichen Lebensversicherung für die Zeit vom 24. Dezember 1930 bis 31. Januar 1931 zu setzen, bitten wir Sie, die anliegende Karte auszufüllen und zu unterzeichnen. Sie übernehmen dadurch keine irgendwiegartete Verbindlichkeit zur Tragung irgendwelcher Kosten oder zur Fortsetzung der Versicherung nach dem 31. Januar 1931. Nach den Weihnachtstagen wird Ihnen eine Broschüre zugehen, aus der Sie entnehmen können, auf welcher Grundlage die Versicherung für Sie über den 31. Januar hinaus fortgesetzt werden kann. Nach den Weihnachtstagen werden wir Ihnen des weiteren die Möglichkeit geben, sich an einer Werksparafae zu beteiligen, die für Sie weit-

gebende, in Deutschland bisher nirgends gewährte Vorteile bietet. Wir hoffen, Ihnen mit der Lebensversicherung und der Wertsparkasse nicht nur für die Weihnachtstage, sondern auch für Ihre Zukunft das Gefühl einer größeren Sicherheit gegen die Zufälle des Daleins zu schaffen. Die größere Sicherheit gegenüber den Zufällen des Daleins, die von der „großen“ Firma Opel AG ihren Arbeitern und Angestellten mit der famosen Lebensversicherung und der unergieblichen Wertsparkasse versprochen wird, liegt infolgedessen auf Seite der Firma, als diese mit ihren „menschenfreundlichen“ Einrichtungen das Personal an die Unternehmen für alle Fälle festhält. Die Kosten dafür sollen Arbeiter und Angestellte zu einem beträchtlichen Teil nach dem 31. Januar 1931 obendrein noch aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Auf andere Weise ist von Unternehmensseite wohl noch selten versucht worden, das eigene Interesse auf höheren Boden hinüberzuerheben, als durch das Danaergehen, das die Firma Opel AG, ihrer Gesamtbelegschaft auf den Weihnachtstag legen ließ.

**Güterdämmerung in Unternehmertum?** Die Erkenntnis, daß ohne einen wirklichen Preisabbau das Wirtschaftslieben keine Ankurbelung erfahren wird, hat die bekannten mitteldeutschen Kalle- und Schokoladenfabriken Wolf, G. m. b. H. in Halle dazu veranlaßt, das Absatzproblem in den Mittelpunkt ihrer Rationalisierung zu stellen. Die Fabrikleitung richtet jetzt und in aller nächster Zeit 100 neue Stellen ein. Mit dieser Erweiterung ihrer Verkaufsorganisation will die Großfirma eine Verbilligung der Ware für den Konsumenten herbeiführen. Eine Produktionskostensenkung durch eine Senkung der Löhne und Gehälter lehnt die Gesellschaft ausdrücklich ab, da automatisch eine Verminderung der Kaufkraft und damit ein Rückgang des Absatzes eintritt. Bei einem gleichzeitigen und gleichmäßigen Sinken des Preis- und Gehaltsindex kann eine Belebung der Wirtschaft nicht eintreten, helfen kann nur ein starker Preisabbau, der proportional über etwaigen Lohn- und Gehaltsabbau hinausgeht und so eine Steigerung der Kaufkraft herbeiführt. Diese Preisentlastung soll in diesem Fall durch eine Rationalisierung des Verkaufs erreicht werden. Einmal wird die Zahl der produzierten Artikel bis auf ein Drittel der bisherigen eingeschränkt und nur marktgängige Ware hergestellt. Weiterhin ist die Gesellschaft aus der Marktarbeitskonvention ausgetreten; sie überläßt die Preisgestaltung ihrer Artikel dem freien Wettbewerb, dem volkswirtschaftlichen Grundgesetz von Angebot und Nachfrage. Der Einzelhandel ist an Preisabmachungen nicht mehr gebunden.

**Der Lohnkämpfers Kampf im Ruhrgebiet.** Der seit einigen Wochen schwebende Lohnkonflikt im Ruhrgebiet, der von der kommunizierenden RGO, mit allen Mitteln, aber vergeblich zu einer sinnvollen wunden Bewegung mißbraucht wurde, hat auch in den auf den 7. Januar in Essen anberaumten neuerlichen Schlichtungsverhandlungen noch keine Lösung gefunden. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, und ein Schlichterspruch kam nicht zustande. Professor Bräun, der Schlichter für Rheinland-Westfalen, teilte den Parteien mit, daß sie sich für Freitagmittag, oder Sonnabend zu neuen Verhandlungen bereithalten möchten. Beide Parteien erklärten ihre Zustimmung. Am Montag und Dienstag dieser Woche hatte Reichsarbeitsminister Stegerwald in Dortmund Beteiligungen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, die ebenfalls er-

gebnislos verliefen. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wurde, hält trotzdem die Reichsregierung an ihrer Auffassung fest, daß eine gewalttätige Austragung des Konflikts bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nicht zu verantworten wäre; sie will ihre Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung nachdrücklich fortsetzen. Die Kündigung der einzelnen Arbeitsverträge wird zum 15. Januar wirksam.

### Briefkasten

**P. D. in G.:** Wird gelegentlich gute Verwertung finden. — **H. H. in G.:** Die heutigen Bücher haben sich im Laufe ihres Lebens und Vertrieben der Kollegschaft durch viel andere Dinerberechtigte erüngen; am allerwenigsten aber durch Donatorberechtigte für Artikel, die zum größten Teil aus Zitaten zusammengesetzt waren, wie der in Frage kommende. — **H. H. in G.:** Ich bin im Beginn des Jahres eine gute Meinung; nur immer lieber. — **H. H. in G.:** Wird aufgenommen. — **G. J. in G.:** Das Bild ist doch wohl zu wenig belagert, um ohne jeden Verdacht über die dortige Verhältnisaufstellung im „Zukunftsbuch“ veröffentlicht zu werden. — **H. H. in G.:** Der Interzellular ist für die nächste Beilegung irgendwelcher Literatur durch die Schriftleitung des „Korr.“ nicht maßgebend.

### Verbandsnachrichten

**Verbandsbureau:** Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 119, 3141 bis 3145. Kontoführer: Hans der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., Berlin S 14, Schulstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1028 87 (H. Schweiß).

**Verbindungen aus der „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10 unter „Verbindungen“ des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker.“** Berlin SW 61.

### Abtreibenveränderungen

**Wagener.** (Beirat und Drl.) Vorsitzender: Georg Dickel, Wagener, Salzweberstraße 5, I.

**Wagener.** Vorsitzender: Paul Wittgermann, Wagener, verwerfener Straße 6; Kassierer: Walter Zrowitzsch, Goldberger Straße.

### Sue Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betrafte Adresse):

**Im Gau Hamburg-Altona** die Geber: 1. Gerhard Schwedt, geb. in Hamburg 1887, ausgal. am 19. 12. 1918; 2. Drucker 3. Kurt Gieseler u. geb. in Hannover 1886, ausgal. am 19. 12. 1918; 4. Kurt H. Giese, geb. in Hamburg 1901, ausgal. am 19. 12. 1918; 5. Friedrich Gieseler, geb. in Hamburg 1903, ausgal. am 19. 12. 1918; 6. Helmuth Giese, geb. in Gera 1901, ausgal. am 19. 12. 1918; waren schon Mitglieder. — Fr. Kumbler, Hamburg 1. Beidenherdof 67, II.

**Im Gau Leipzig** der Korrektor Walter F. Jung, geb. in Leipzig 1896, ausgal. am 19. 12. 1918; war schon Mitglied. — A. Pfeiffer, im Leipzig, Mitglieder 9, II.

**Im Gau Mittelrhein** 1. der Setzermeister Hermann G. u. geb. in Gießen (Hessen) 1908, ausgal. am 19. 12. 1918; 2. der Setzermeister Joseph Wolff, geb. in Katterbach 1905; waren schon Mitglieder. — Friedrich Conrad in Mainzheim, P. 4, 4—6.

### Reise- und Arbeitslosenunterstützung

**Hrandenburg.** Ausgewählte und Nichtausgewählte erhalten Unterstützung aus der Driftkasse nur dann wenn die Festsetzung eingewilligt werden.

**Leipzig.** Invaliden- und Steuerkarte des Gebers Richard G. u. geb. in Leipzig am 19. 12. 1918, Erbschaft (Erbteil), liegt hier und kann ihm ausgeteilt werden. Es wird arbeiten. G. darauf aufmerksam zu machen.

**Hilfsr. (Gann.)** Infolge starker Inanspruchnahme unserer Driftkasse kann die Unterstützung für alle Durchreisenden vorläufig nicht gewährt werden.

**Kaiserlautern.** Der Schweißereigen Karl M. u. c. (Gauverbandnummer 14 1927) reiste im Oktober u. N. von Kaiserlautern ab, ohne sich abzumelden. Er wird hiermit aufgefordert, sich sofort mit dem Kaiserlautern in Kaiserlautern in Verbindung zu setzen, umdringendes Material beantragt wird. Die Kollegen wollen sich auf diese Notiz aufmerksam machen.

**Kassel.** Die Kasse für den Belegschaftsausflug findet jetzt in dem Büro des Reichsarbeitsamtes Kassel, „Gewerkschaftsausflug“, Poststraße 41, Zimmer 43, statt. Anfragen sind an den Reichsarbeitsamtsleiter Kassel, 43, Berlin in a unter dieser Aufschrift zu senden.

**Leipzig.** Das Kalkül für Durchreisende beträgt für Ausgewählte und Nichtausgewählte 1.60 M. für Belegungsgebühr 60 Pf.; es wird in der Zeit vom 7. bis 16. 1. 1931 in der „Vollzeitschrift“ veröffentlicht, ausgedruckt.

**Bad Reichenheim.** Die durchreisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Driftkasse Reichenheim infolge überaus großer Inanspruchnahme nicht mehr in der Lage ist, wieder an Belegungsstellen noch an Ausgewählte ein Driftgeld aus zu veranlassen.

### Veranstaltungskalender

**Chemnitz.** Stereotypen-Gau-Schreibsaal-Veranstaltung am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Heim der Allgemeinen Bauergewerkschaft, Chemnitz-Gablen, Geiselstraße. — Vormittags 10 Uhr Elisabeth, 3. Fabrik, Hauptversammlung am Sonntag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

**Frankfurt (Main).** Fabrik-Gauverband am Sonntag, abends, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal 9, Huter, Reutherstraße.

**Greifswald.** Hauptversammlung am Sonntag, abends, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Ditto Delle.

**Köln.** Hauptversammlung am Sonntag, abends, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

**Leipzig.** Korrektoren-Fabrik-Gauverband am Sonntag, Freitag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, in der „Vollzeitschrift“.

**Meißen.** Gauverband am Sonntag, Freitag, den 10. Januar, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Zimmer 1 des „Gewerkschaftshauses“, Marktstraße.

**Oranienburg.** Fabrik-Gauverband am Sonntag, abends, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Dürwe, Davel, 44, Hauptstraße.

**Stettin.** Fabrik-Gauverband am Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerkassen“.

**Wuppertal.** Hauptversammlung am Sonntag, abends, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Scherbarth, Philippsberg 11.

**Wuppertal.** Maschinenfabrik-Gauverband am Sonntag, abends, den 11. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in den „Ruhmacher Bierstuben“, Römerstraße 20.

### Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**Reise:** Plans des Deutschen Reiches. — Zurückgehen im Ruhrgebiet. — Buchdruck als Vermittler geistiger Arbeit. — Haben sich das Prinzipale schon überlebt?

**Reisekosten:** Technische Rückschau.

**Korrespondenzen:** Frankfurt a. M. (M. G.). — Freiburg (Dr.). — Mannheim-Ludwigsbahn (Dr.). — Wollsch (Luitgar).

**Kundenscheinverhandlungen:** Schriftstellerschreibere, Kaufmannsvereine, Kleinfeld, Sozialistische Arbeiter in Berlin, Humboldt-Vogelwille (Freie Volksbewegung) in Berlin. — 25 Jahre Gewerkschaft, redaktionell. — Kampf gegen Nobodann in altem Buchbindereigewerbe. — Veränderliche Maschinen von Buchbindereigewerbe. — Hauptarbeit. — Aufgegriffene „Hohlfahrt“. — Güterdämmerung in Unternehmertum? — Der Lohnkampf im Ruhrgebiet.

## Anzeigen

Anzeigenpreise: 15 Pf. die stehenspolierte Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Man frage den Arzt!



### Attemnot?

Asthma, Bronchialkatarrh, Husten, Verschleimung und Herzschwäche behandelt wirksam die tausendfach bewährte, wissenschaftlich anerkannte

### Professor Kubische Maske

Rapide Vermehrung der roten Blutkörperchen. Anreicherung der Lunge mit gesund strömendem Blut. Empfehlung von Ärzten, Professoren usw. Aufklärende Druckausgabe kostenlos. Gesellschaft für med. Apparate, Berlin-Schlachtenlee 67.

### Nachrichten für den Satz fremder Sprachen

Von Paul Grunow, Oberkorrektor in der Reichsdruckerei I. R. Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage.

Preis 1,50 M. portofrei. 117

Enthält Satzproben für 14 Sprachen in alphabetischer Anordnung mit Angabe der fremden Alphabete in Druck- und Schriftschrift.

Zu beziehen beim Verleger: Paul Grunow, Berlin-Johannisthal, Johannes-Werner-Strasse 5, Postfachkonto Berlin 99771.

### Verbandsabzeichen

Verlag des Bildungswerkes der D. D. G. m. b. H., Berlin SW 61.

Am 2. Januar verschied an dem Folgen einer Operation unter lieber Kollege, der Schriftstellerschreiber, der Geber [31]

**Herrn Bernide**  
im Alter von 68 Jahren.  
Wir werden dem Verstorbenen, der über 24 Jahre unter Bewegung angehört hat, ein ehrendes Andenken in dieser Zeitschrift, wie stets ein ehrendes Andenken des wahren.

Ortsverein Potsdam.

### Handlebertereinigung Hamburg

Sonntag, den 25. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Frühstücksaal der „Gelmhütte“, Angelweg 10/14, 1. Stock (Vorteilungang):

### Hauptversammlung

Anträge, die zur Besprechung gelangen sollen, müssen die zum 16. Januar beim ersten Vorsitzenden, Kollegen Max Cohn, Hamburg 22, Dreilindstraße 32 part., eingereicht sein.

Der Vorstand.

### Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgeg.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, in den „Arminialden“, Kommandantenstraße 68/69:

### Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berichte: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, 3. Anträge, 4. Wahlen: a) des Vorstandes, b) der Revisoren, c) der Technischen Kommission, d) der Vergütungskommission, 5. Mitteilungen, 6. Verschiedenes.

Weite Kollegen! Auf Grund der Statutenänderung vom 14. Juli 1929, § 14 Absatz 1 und 2 des Vereinsstatuts, findet die Aufhebung und Wiederherstellung zum Vorstand usw. in der Jahresgeneralversammlung statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, die Generalversammlung zu besuchen.

Vorstandssitzungen: Dienstag, den 13. Januar, 4 1/2 Uhr, im Gaubüro, Zimmer 6. — Sonntag, den 18. Januar, 9 Uhr, Arminialden (Koster Saal).

### Billige böhm. Veffelbren

nur reine, gutgeschliffene Sorten. Ein Stück groß, geschliffen 2,00 M., halbwelche 3 M., weiche 4 M., bessere 5 M., 6 M., dazwischenliegende 7 M., 8 M., beste Sorte 10 M., 12 M., weiche angeglichene Nupfel, 6,50 M., u. 7,50 M., beste Sorte 9,50 M. Versand franco, portofrei gegen Nachnahme. Nicht-Entnahme und Rücknahme gestattet. 132 Cenevölkt Sachsel, Leber Nr. 768 bei Pilsen in Böhmen.

### Gutenbergsbilden Geschenk- u. Festartikel

Verlag des Bildungswerkes der D. D. G. m. b. H., Berlin SW 61.

Am 1. Januar verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Drucker [29]

**Hermann Bürger**  
im Alter von 25 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Bezirksverein der Münchner Drucker.

Am 31. Dezember verstarb nach langer Krankheit an einem Herzleiden unter lieber Kollege, der Schriftstellerschreiber [41]

**Karl Schreier**  
geboren in Weissenberg, im Alter von 80 Jahren.  
Dem Verstorbenen ist ein ehrendes Andenken gewidert.  
Bezirksverein Bremen.

Am 5. Januar verstarb plötzlich infolge Herzleidens unter lieber Kollege, der Schriftstellerschreiber [38]

**Johann Mund**  
aus Bad Nierheim, im Alter von 74 Jahren.  
Wir werden dieses treuen Kollegen und herrlichen Vorkämpfers stets ehrend bewahren.  
Orts- und Bezirksverein Sonn.

### Provisionsvertreter

In den Buchdruckereien Mittel-, Nord- und Nordostdeutschlands gut eingeführt, lüdt

K. Kügel, Messinggallenfabrik, Leipzig. Gedruckt 1879.

Am 2. Januar verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollege, der Schriftstellerschreiber [37]

**Robert Basse**  
in Jwikkau, im Alter von 39 Jahren.  
Wir verlieren in ihm einen Funktionär, der als langjähriger Bezirksvorsitzender seiner Partei ein leuchtendes Vorbild war. Sein lautes Charakter und fürsorglicher Umgang wurden von seinen Kollegen und Schriftstellerschreibern stets hoch geschätzt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Machinschreiberevereinigung Gau Erzgebirge-Vogtland.

Am 22. Dezember verschied plötzlich an Herzleidens unter lieber Kollege, der Korrektor [34]

**Fugo Gendewitz**  
im Alter von 69 Jahren.  
Wir verlieren in dem Verstorbenen ein langjähriges Mitglied unserer Organisation.  
Ein ehrendes Andenken werden wir in dieser Zeitschrift bewahren.  
Ortsverein Fabrik a. G. Korrektorenvereinigung, Corfengau, „Gutenbergs“.

Am 4. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unter lieber Kollege, der Geber [42]

**Richard Wiffal**  
im 63. Lebensjahr.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Kollegen der „Dere“ G. m. b. H., Berlin.